Das Aktionsprogramm der Revolutionären Gewerkschaftsopposition Seite 5

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 39 vom 30. September 1977 11. Jahrgang 50 Pfennig

Bilanz des Reforger-Manövers

Tote und Verwüstungen

„Eine traurige Bilanz" — so muß schon vor dem endgültigen Schluß des Reforger-Manövers selbst die bürgerliche Presse zugeben. — Mindestens 12 Tote, 94 zum Teil Schwerverletzte, 186 Verkehrsunfälle, ein Millionenschaden, der in seinem Ausmaß überhaupt nicht abzusehen ist.

Der schrecklichste Unfall ereignete sich bei Bad Waldsee. Ein amerikanischer Lastwagen rammte einen vollbesetzten Linienbus. Vier Tote, darunter der Busfahrer, vier Schwerverletzte. In der Zeitung konnte man dann lesen: „Auf regennasser Straße ins Schleudern gekommen." Die Wahrheit sieht aber anders aus. Unsere Genossen, die unmittelbar nachher an der Unfallstelle waren, berichten, daß eine große Ölspur auf der Straße gewesen war. Wer hinterläßt aber eine solche Ölspur? Natürlich die unzähligen Militärfahrzeuge, die Tag und Nacht diese Straße passierten.

Ähnliche Schönfärbereien der öffentlichen Stellen und der Presse bei einem anderen Unfall. In Unlingen, Kreis Biberach, rammte ein US-Tanklastwagen mit 12.500 l Benzin ein Haus. Ein 100 m langer Feuerteppich schoß durch die Ortschaft. Vier Häuser brannten völlig aus. An mehreren Wohnhäusern sprangen durch die Hitze die Fensterscheiben und die Fensterläden schmolzen. An zwei Scheunen waren Tore und Fenster verkohlt. Vorgärten und Zäune sahen wie nach einem Napalmangriff aus. Der Asphalt der B 311 war geschmolzen. In der Presse liest man dann, „der Lastzug geriet in Brand". Wohl durch höhere Gewalt? Und dann wird noch ein Loblied auf die amerikanische Feuerwehr gesungen, die so schnell geholfen hätte. Auch hier sieht die Wahrheit anders aus. Genossen, die noch am selben Tag in Unlingen waren, berichten, daß die amerikanischen „Retter" so wenig getan hätten, daß die Straße über 12 Stunden gesperrt werden mußte.

Hinter diesen Unfallzahlen, hinter der nüchternen Statistik, stößt man auf eine Bilanz des Schreckens und des Terrors und dies über zwei Wochen lang. Genossen, die im Manövergebiet waren, berichten: „In einer 100° Kurve kommt uns mitten auf der Straße eine völlig ungesicherte Panzerkolonne entgegen. Was dann passiert, ist Glückssache. Um 50 cm kommen wir daran vorbei. Überhaupt sehen wir immer wieder, daß Autofahrer, sobald sie einigermaßen rechtzeitig Militärfahrzeuge sehen, sofort ganz rechts heranfahren und anhalten." Doch auch dies ist keine Garantie. Ein VW-Bus, der in der Nähe von Böblingen auch ganz rechts anhält, wird von den Panzern überrollt. Der Fahrer ist tot.

Von offizieller Seite schreibt man sich die Finger wund, um die „enge Verbindung der Bevölkerung mit den Manövertruppen" herauszustellen. In den vielen Gesprächen, die wir in diesen Tagen mit der Bevölkerung, besonders mit den Bauern, führen, zeichnet sich da ein anderes Bild ab. Ein junger Bauer aus Ochsenhausen erzählt: „Ich war bei der Feldarbeit und wurde fast von einem Panzer gerammt." Er berichtet auch vom Vater eines Freundes, der auf dem Feld einen Panzerkommandanten vom Fahrzeug geholt und ihn aufgefordert hatte, zu verschwinden, was der auch tat. Das war aber nicht in jedem Fall

Fortsetzung auf Seite 6



Dieser vollbesetzte Linienbus wurde von einem amerikanischen Lastwagen gerammt. Vier Menschen wurden getötet, mehrere schwer verletzt. Rechts: ein von Genossen angeheftetes Plakat gegen den Manöverterror während des Manövers „Blue Fox" bei Bielefeld.

Bürgerkriegsübung der Polizei

Tausende Werktätiger wie Schwerverbrecher behandelt

Plötzlich, wenige hundert Meter vor dem Bahnhof Kalkar, stoppte der Personenzug. Warum, wußte keiner der Reisenden. Die meisten glaubten, der Zug habe noch keine Einfahrt in den Bahnhof.

Dann tauchten plötzlich rund 20 Bahnpolizisten mit Schäferhunden auf. Wenig später glaubten die Reisenden sich auf einen Kriegsschauplatz versetzt. Fast gleichzeitig landeten auf der einen Seite der Bahngeleise sechs Bundesgrenzschutzhubschrauber, aus denen Polizisten sprangen. Zur selben Zeit stürmten auf der anderen Seite der Bahngeleise, vom Bahnhof Kalkar kommend, Polizisten im Laufschritt auf den Zug zu.

Dann, als der Zug von Polizei umzingelt war, befahl eine Stimme über Lautsprecher: „Hier spricht die Polizei! Steigen Sie einzeln aus! Sie werden durchsucht!" Jeder der knapp 100 Reisenden, egal ob alt oder jung, Mann oder Frau, wurde dann von bewaffneten Polizisten durchsucht und abgetastet. Anschließend wurden alle Reisenden gezwungen, die Strecke zum Bahnhof Kalkar zu Fuß zurückzulegen. In den Zug aber, für den die Reisenden schließlich bezahlt hatten, stiegen die Polizisten und ließen sich nach Kalkar zurückfahren.

Dieser Polizeiüberfall auf den Personenzug nach Kalkar war der Höhepunkt des bürgerkriegsähnlichen Einsatzes, mit dem Tausende und Abertausende schwerbewaffnete Polizisten am Samstag die Werktätigen in großen Teilen der Bundesrepublik terrorisierten. Ob in Hamburg, Bremen, München, Dortmund — überall sahen sich Autofahrer auf den Autobahnen und Bundesstraßen plötzlich Maschinenpistolenmündungen gegenüber, mußten sie Polizeibefehlen gehorchen — und wehe, es wollte jemand wissen, warum und wieso das ganze —, mußten sie zulassen, daß Polizisten in ihrem Wagen das Unterste nach oben kehrten und oft stundenlange Verspätungen in Kauf nehmen.

Ein Autofahrer, der in eine Kontrolle auf der Rheinbrücke bei Rees geriet, berichtet: „Zunächst wurde man von einem Polizisten mit der MP im Anschlag empfangen. Dahinter waren Container auf der Straße aufgebaut, teils mit Sand gefüllt, teils leer. Man konnte nur noch im Zickzack zwischen ihnen durchfahren. Sobald das Auto angehalten wurde, stürzten sich gleich mehrere Polizisten darauf, rissen die Motorhaube auf, wühlten im Kofferraum herum. Gesucht wurden ‚Waffen'. Ich mußte beispielsweise eine volle Dose mit Motoröl abliefern. Sie wanderte in den ‚Waffencontainer'. Andere mußten ihre Reservekanister entleeren oder sie wurden beschlagnahmt. Auch Cola-Dosen oder Flaschen mußte man entleeren oder abgeben. Genauso Abschleppseile, Sonnenschirme, Autowerkzeug. Ein Autofahrer hatte seinen Hosengürtel auf

Fortsetzung auf Seite 2

EG-Verhaltenskodex für Südafrika

Schwarze Arbeitsklaven schuften in den Knochenmühlen der europäischen Monopole

„Wir müssen uns an die Gesetze halten", erklärte der Kapitalistenverband BDI. Gemeint waren die faschistischen Rassentrennungsgesetze in Südafrika. Und mit aller Schärfe lehnte der BDI einen sogenannten Verhaltenskodex ab, der jetzt von der EG verabschiedet wurde und von den Filialen der europäischen Monopole in Südafrika eine Gleichstellung der weißen und der schwarzen Arbeiter verlangt. Im einzelnen: Die schwarzen Arbeiter sollen sich gewerkschaftlich organisieren und Vertretungen wählen dürfen, für gleiche Arbeit soll gleicher Lohn gezahlt und die Trennung der Rassen im Betrieb soll aufgehoben werden.

Alle diese schönen Vorschläge aus Brüssel verstoßen tatsächlich gegen die Gesetze des Rassistenstaates. Und die Herren von Hoechst, VW, Siemens usw., sie wollen beileibe nicht als Gesetzesbrecher gelten. Ja, an solche Gesetze halten sie sich. Aber es sind ja ihre eigenen, sind Gesetze, die — wie in Südafrika — die schwarzen Arbeiter im Interesse der Monopolherren praktisch zu Sklaven machen, sie der schrankenlosen Ausbeutung unterwerfen und ihnen jede legale Möglichkeit nehmen, sich dagegen zu wehren. Schauen wir uns das System der „Apartheid", der Rassentrennung, in Südafrika einmal näher an.

Die weißen Rassisten haben das von ihnen besetzte Land in zwei Teile aufgespalten. Der größte, nämlich neun Zehntel des Territoriums, ist allein den vier Millionen Weißen vorbehalten. Die 20 Millionen Schwarzen dagegen sind in sogenannten „Bantustans" zusammengepfercht, in Reservaten, die gerade ein Zehntel der Fläche des Landes ausmachen. Und sie dürfen diese Reservate bei Strafe nicht verlassen, sie sind Gefangene in ihrem eigenen Land. Nur eine Möglichkeit haben sie, in die „weißen" Gebiete zu kommen, nämlich als Wanderarbeiter.

Das bedeutet: Die Kapitalisten holen sich die Schwarzen aus den Bantustans als billige Arbeitskräfte in ihre Betriebe. Und auch diese Arbeiter können nun nicht etwa mit ihren Familien nach Pretoria, Johannesburg oder

Fortsetzung auf Seite 10

AUS DEM INHALT

Der westdeutsche Imperialismus

Eine Gefahr für die Völker Europas

Die unverhüllte und offene Unterstützung des Kriegsverbrechers Kappler durch die Bundesregierung hat überall in Europa große Empörung hervorgerufen. Die Völker Europas haben die Verbrechen der Hitlerfaschisten nicht vergessen. Die Anprangerung der faschistischen Methoden und des Terrors des westdeutschen Staates gegen die Revolutionäre und das Volk, die Entlarvung der aggressiven und revanchistischen Aktivitäten der westdeutschen Imperialisten hat nichts mit einer „antideutschen Kampagne" zu tun, wie die Bourgeoisie hetzt. Sie ist vielmehr ein Beitrag der Revolutionäre und fortschrittlichen Menschen in den Ländern Europas gegen die westdeutschen Imperialisten, eine Unterstützung des Kampfes der Arbeiterklasse und der Werktätigen in unserem Land gegen die kapitalistischen Ausbeuter.

Im folgenden drucken wir Auszüge aus einem Kommentar von Radio Tirana und einem Artikel der Zeitung „Bandeira Vermelha" ab.

Unter dem Titel **„Ein günstiges Klima für Kriegsverbrecher"** sendete Radio Tirana am 28. August einen Kommentar, in dem es u. a. heißt:

„Auf wundersame Weise brachte er (Kappler — RM) es fertig, aus Italien zu entwischen und die Grenze der Deutschen Bundesrepublik zu überschreiten, genau wie im Kindermärchen vom unsichtbaren Mann.

Selbstverständlich kann man durch ein solches Spiel nur die Leichtgläubigen täuschen, denn es ist allzugut bekannt, daß sowohl in Italien als auch in der Deutschen Bundesrepublik seit langem schon eine allgemeine Stimmung geschaffen worden ist, um die Kriegsverbrecher rehabilitieren zu können, also für die Rehabilitierung des alten Faschismus und zugleich die Wiederbelebung des neuen Faschismus...

Unter den Bedingungen der verschärften Krise, die die Bourgeoisie gepackt hat, hat diese sich nach rückwärts hin zur faschistischen Vergangenheit gewendet...

Der Faschismus muß nachdrücklich jeden Tag bekämpft werden, muß gemeinsam mit der Bourgeoisie, die die Werktätigen ausbeutet und unterdrückt, entlarvt werden."

„Der westdeutsche Revanchismus ist eine Gefahr für die Völker", überschrieb „Bandeira Vermelha", das Zentralorgan der KP Portugals (Wiederaufgebaut) am 24. August ihren Artikel anläßlich der Flucht des Massenmörders Kappler. Darin heißt es unter anderem:

„Diese Tatsachen beweisen, abgesehen von dem Wiederaufleben der faschistischen Aktivitäten in Deutschland, die enge Verbindung zwischen der expansionistischen und aggressiven Politik der deutschen Monopole und ihrer von Tag zu Tag offener werdenden Unterstützung für die Nazis und ihre Aktivitäten.

All das sind ernsthafte Alarmzeichen für das Proletariat und die Völker Europas und der ganzen Welt, all das enthüllt die expansionistischen und revanchistischen Absichten der imperialistischen Hauptmacht in Westeuropa."

Scheel - 'Immer auf der Seite des Rechts'

Auslieferung Kapplers abgelehnt

In der vergangenen Woche hat die Bonner Regierung in einer offiziellen Note endgültig die Auslieferung des vielfachen Massenmörders und Kriegsverbrechers Kappler an Italien abgelehnt. Ungefähr zur gleichen Zeit hielt Bundespräsident Walter Scheel vor dem Weltkongreß des Internationalen Gemeindeverbandes eine Rede, in der er pathetisch ausrief: „Sie werden die Bundesrepublik Deutschland immer auf der Seite des Rechts gegen das Unrecht, auf der Seite des Friedens gegen die Gewalt finden."

Es kommt nicht jeden Tag vor, daß sich die demagogische Propaganda der Bonner Politiker angesichts der Tatsachen so offenkundig als Lügenpropaganda enthüllt. Scheel hatte seine Rede an die Werktätigen in den Ländern Westeuropas adressiert, die die Wiederbelebung des Faschismus und die aggressive Politik der Bundesregierung mit wachsender Empörung verfolgen.

Scheel begnügte sich in seiner Rede nicht mit demagogischen Parolen. Offen drohte er den Völkern Europas mit einer Gefährdung des Friedens, wenn die Angriffe gegen die Bundesrepublik nicht aufhören. Mit anderen Worten: die westdeutschen Imperialisten erklären klipp und klar, daß sie verlangen, daß die Völker den Mund halten und kuschen. Sie drohen, daß sie es nicht wagen sollen, die Schandtaten der westdeutschen Imperialisten anzuprangern und zu enthüllen.

Scheel soll allerdings nicht glauben, daß seine Demagogie und seine Drohungen die von ihm gewünschte Wirkung haben werden. Sie entlarven im Gegenteil noch mehr das häßliche Gesicht des westdeutschen Imperialismus.

SPD-Mitglied Elfriede Kappler

Herausgekommen ist jetzt, daß die Frau des Nazis Kappler seit einiger Zeit Mitglied der SPD ist. Nachdem sich Helmut Schmidt und Willy Brandt, um nur einige zu nennen, schon seit langem offen für die Freilassung Kapplers eingesetzt hatten und dieser dann mit Hilfe der Bundesregierung befreit wurde, sollte einen das nicht wundern. In den sogenannten „großen demokratischen Parteien", welchen Namen sie auch tragen, haben die alten Nazis schon immer Unterschlupf gefunden. Und so erklärte denn auch der SPD-Vorstandssprecher Schwarz unverfroren und provokativ: „Ich sehe keinen Grund für die Partei, aus einem Verhalten Konsequenzen zu ziehen, dem ein gewisser menschlicher Respekt nicht zu versagen ist."

Kurz berichtet

BREMEN

Am 15. September führten die Genossen der Partei in Bremen eine kleine Veranstaltung zum Thema: „Weg mit den Prozessen gegen die Atomkraftwerksgegner" durch. Anlaß für die Veranstaltung waren die Prozesse, die am 20. und 22. September in Itzehoe gegen Teilnehmer der Demonstrationen in Brokdorf stattgefunden haben. Bei dieser Veranstaltung war auch der Genosse Hanjo Schmidt, einer der Angeklagten, anwesend. Nach einer lebhaften Diskussion spendeten die Besucher der Veranstaltung insgesamt 60 DM für die Solidarität mit den Angeklagten.

DORTMUND

Am 24. September hielt die Bundeswehr in Dortmund eine Waffenschau, um Propaganda für die Bonner Bürgerkriegs- und Aggressionsarmee zu machen. Die Genossen der Roten Garde nutzten die Gelegenheit, um durch Flugblätter, Aufkleber und Wurfzettel den wahren Charakter der Bundeswehr zu enthüllen. So verteilten sie vor der Waffenschau antimilitaristische Flugblätter. Außerdem wurden Panzer und andere Waffen mit Aufklebern (siehe Bild) verziert. Während des Vortrags eines Offiziers flatterten plötzlich Wurfzettel unter die Zuhö-



rer. Einer besonderen Provokation der Militaristen blieb der Erfolg versagt. Sie hatten nämlich auf dem Gelände der Waffenschau einen großen, leeren Container mit der Aufschrift: "Für Flugblattabfall" aufgestellt. Der Container allerdings blieb leer.

KIEL

Rund hundert Freunde und Genossen feierten auf einer Veranstaltung in Kiel die Entlassung des Genossen Martin Peleikis aus dem Gefängnis. Martin war zu sieben Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden, weil er presserechtlich Verantwortlicher für ein antimilitaristisches Flugblatt unserer Partei war, das unter Bundeswehrsoldaten verteilt wurde. Die bürgerliche Klassenjustiz hatte ihn der „Wehrkraftzersetzung" für schuldig erklärt. Martin konnte nun, mit Hilfe der starken Solidarität der Genossen und der werktätigen Bevölkerung durchsetzen, daß ihm das letzte Drittel der Strafe erlassen wurde. Er mußte somit viereinhalb Monate als politischer Gefangener in Haft verbringen. Auf der Kieler Veranstaltung wurde Martin mit großer Begeisterung empfangen. Martin berichtete über seinen Kampf und seine Erfahrungen als politischer Gefangener. Er schilderte, welche große Bedeutung die Solidarität von draußen für ihn hatte. So erhielt er insgesamt rund 400 Briefe, das sind durchschnittlich drei Briefe am Tag. Die Veranstaltung, auf der auch Lieder und Gedichte gesungen und vorgetragen wurden, machte deutlich, daß unsere Genossen sich durch die Verfolgungen der Bourgeoisie nicht beirren oder einschüchtern lassen.

Bürgerkriegsübung der Polizei

Fortsetzung von Seite 1

dem Rücksitz liegen — auch er wurde beschlagnahmt."

Als Kommentar zu diesem fast unglaublichen Terror gegen die Bevölkerung am letzten Samstag konnte man am nächsten Tag in Springers „Bild am Sonntag" lesen: „Dazu der Innenminister: ‚Die Aufgabe war, Leben, Gesundheit und Gut der Bürger zu schützen.' Das ist voll gelungen." Zynischer geht's wohl kaum noch! Wer hat denn den Innenminister beauftragt, Tausende und Abertausende von Werktätigen wie Schwerstverbrecher zu behandeln? Die Werktätigen etwa? Ihre Meinung über diesen Polizeiterror konnte man überall an den Kontrollstellen laut und deutlich hören. Wer bedrohte denn „Leben, Gesundheit und Gut" der Werktätigen? Die „bewaffneten Gewalttäter", die in Kalkar demonstrieren wollten, wie der bürgerliche Propagandaapparat in den letzten Tagen auf Hochtouren hetzte? Sogar die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" mußte zugeben, daß die Bürger, und sogar die Bürger von Kalkar, denen man den Demonstrationssamstag in Weltuntergangsfarben geschildert hatte, die Polizei mehr fürchteten als die Demonstranten: „Wenn sie in der Stadt bleiben, die Demonstranten", zitierte die „WAZ" einen Geschäftsmann aus Kalkar, „wird wahrscheinlich nichts geschehen. Anders ist es vielleicht, wenn die Polizei mit dem Knüppel herumfuchtelt." Welches gerüttelte Maß an Heuchelei schließlich für einen Politiker nötig ist, um gegen „bewaffnete Demonstranten" zu hetzen, wurde jedem Werktätigen klar, der an diesem Samstag die ach so friedliche Polizei erlebte: mit ihren Pistolen, Gummiknüppeln, Maschinenpistolen, Schützenpanzern und den langen Messern, die etwa die Polizisten, die den Zug vor Kalkar überfielen, bei sich hatten.

Anlaß für diesen Terror gegen Tausende und Abertausende von Werktätigen war die für den 24. 9. 77 angekündigte Demonstration gegen das KKW in Kalkar. Aber dieser bürgerkriegsähnliche Einsatz der Polizei hatte natürlich keineswegs nur das Ziel, die — immerhin erlaubte — Demonstration in Kalkar bzw. einen Sturm auf das KKW selbst zu verhindern. Dazu wäre dieser Aufwand nicht nötig gewesen. Vielmehr nutzte die Bourgeoisie diese Gelegenheit, bei der Demonstranten aus der ganzen Bundesrepublik angekündigt waren, aus zu einer Demonstration der Stärke der Polizei gegenüber der Bevölkerung und zu einem riesenhaften Bürgerkriegsmanöver. Dabei versuchte sie die Tatsache auszunutzen, daß zwar die Werktätigen in der Regel den Kampf gegen die Atomkraftwerke unterstützen, ihre Empörung über die Skrupellosigkeit, mit der die Kapitalisten hier auf dem Rücken der Werktätigen ihren Profit machen wollen, sehr groß ist, auf der anderen Seite aber auch die Ablehnung solcher Demonstrationen kleinbürgerlicher Prägung, wie in Kalkar, Grohnde usw., wächst.

Das ist allerdings eine Rechnung, die nicht aufgehen wird. Die Arbeiterklasse weiß sehr wohl zwischen gerecht und ungerecht, zwischen Freund und Feind zu unterscheiden. Weder wird die Bourgeoisie auf diese Weise den ernsthaften, den revolutionären Kampf gegen die, Leben und Gesundheit der Werktätigen gefährdenden, Atomkraftwerke ersticken können, noch wird es ihr auf diese Weise gelingen, die revolutionäre Gewalt bei den Werktätigen zu verteufeln. Und schon gar nicht wird es ihr auf diese Weise glücken, die Empörung und den Widerstand gegen den immer mehr zunehmenden Polizeiterror zu beschwichtigen. Denn jeder, der die Polizei einmal „in Aktion" erlebt hat wie am Samstag, der spürt, daß sie sein Feind, ein Feind des Volkes ist, eingesetzt, um ihn und seinesgleichen, die Werktätigen, in Schach zu halten. Wer aber einmal begriffen hat, daß die Polizei ein Gewaltorgan dieses Staates ist, notwendig, um die Macht der Herrschenden aufrechtzuerhalten, der wird eines Tages auch mit Sicherheit erkennen, daß es nur einen Weg gibt, sich gegen ihren Terror erfolgreich und endgültig zu wehren: den Weg der gewaltsamen proletarischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats, in der es zum ersten Mal wirkliche Demokratie für die Werktätigen gibt.

Offen gesagt...

Verfault bis ins Mark

„Als Präsident will ich nichts tun, was der Moral zuwiderläuft." (J. Carter im Oktober 1976)

Den „Anbruch einer neuen Ära" hatte US-Präsident Carter bei seinem Amtsantritt den amerikanischen Werktätigen versprochen. Mit aufgesetztem Reklamelächeln, frommen Bibelsprüchen und markigen Worten hatte er versucht, den Sumpf von Watergate vergessen zu machen, hatte er versprochen, die Steuern zu senken und die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Kurzum, er hatte sich als Saubermann präsentiert, dessen einziges Ziel angeblich darin bestünde, unermüdlich für das Glück und den Wohlstand der breiten Massen des Volkes zu wirken.

Aber die Werktätigen konnten sich sehr bald selbst davon überzeugen, daß Carter so wie seine Vorgänger auf dem Präsidentenstuhl im Weißen Haus nicht der Sachwalter ihrer Interessen ist, sondern der ihrer Ausbeuter, der Wallstreetmagnaten Rockefeller, Morgan, Dupont und Co. Er hatte Steuersenkungen versprochen — und erhöhte sie nach der Wahl. Er hatte eine saubere Verwaltung versprochen und hievte in Wirklichkeit seinen Busenfreund Bert Lance, einen notorischen Betrüger, Spekulanten und Steuerhinterzieher, in das Amt des Verwalters der staatlichen Finanzen.

Werfen wir einen Blick in den Steckbrief dieses Bert Lance, von dem Carter sagt, er sei der ideale Mann für den Posten eines Haushaltsdirektors: Als Verwaltungsratsvorsitzender der Calhoun First National Bank und Präsident der National Bank of Georgia beschaffte er sich günstige Darlehen bei anderen Banken — was nach den amerikanischen Gesetzen streng verboten ist — um sich Bankaktien zu kaufen. Die Konten, die er bei seinen eigenen Banken unterhielt, überzog er um Hunderttausende von Dollar. Um Steuern zu hinterziehen, fälschte er Schecks, indem er sie rückdatierte. Und schließlich versuchte er mit Hilfe seiner Beziehungen zu Carter eine Untersuchung der Staatsanwaltschaft von Atlanta niederzuschlagen, die wegen des Verdachts unsauberer Finanzierungsmethoden bei den Gouverneurswahlen von Georgia (Carter wurde damals zum Gouverneur gewählt) gegen ihn angestrengt worden war.

Wie man sieht, bringt dieser Mann alle Voraussetzungen mit, die staatlichen Finanzen zu verwalten. Ohne Zweifel hat er es verstanden, auch in diesem Amt seine Fähigkeiten voll zur Geltung zu bringen. Kein Wunder, daß Carter Tränen in den Augen hatte, als er vor den Fernsehkameras den Rücktritt von Lance bekanntgeben mußte, weil seine Machenschaften inzwischen nur allzu bekannt geworden waren.

„Bert Lance ist mein Freund", lamentierte Carter. „Ich kenne ihn persönlich so gut, als wäre er mein Bruder. Ohne jeden Zweifel in Geist und Herz kenne ich ihn als einen guten und ehrbaren Mann."

Irgendwelche Skrupel und moralischen Grundsätze kennen die Carter und Co. nicht. Sie belügen und betrügen das Volk, plündern und beuten es aus, bereichern sich schamlos unter Ausnutzung ihrer Posten — mit einem Wort: Sie sind echte Produkte des verfaulenden, untergehenden Imperialismus, echte Vertreter der herrschenden monopolkapitalistischen Ausbeuterklasse.



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

GRF kündigt 'Aufbau einer Parteiorganisation in der DDR' an

Ein antikommunistisches Spaltungsmanöver

Es stand in der „Frankfurter Neuen Presse“, einem Blatt, das der CDU nahesteht: In zwei Betrieben in der DDR hätten Arbeiter die Forderung aufgestellt, ihnen einen Teil ihres Lohns in Westgeld auszuzahlen, damit sie in den Intershop-Läden, die nur westliche Devisen annehmen, einkaufen könnten. Ein paar Tage später erschien diese Meldung groß aufgemacht auf der Titelseite der „Roten Fahne“, wurden die angeblichen Westgeld-Forderungen zu „aktiven Kampfmaßnahmen“ hochgejubelt.

Um die ganze Sache noch dramatischer zu machen, behauptet die „Rote Fahne“, daß es den Werktätigen der DDR verboten wäre, Westgeld zu besitzen. Tatsächlich hat aber die Honecker-Clique in ihrer Gier nach westlichen Devisen die Einfuhrbeschränkungen für Dollar oder D-Mark längst weitgehend aufgehoben. Vor den Intershops hängen Zettel, auf denen darauf hingewiesen wird, daß dort auch DDR-Bürger mit Devisen bezahlen können, die sie „aus Auslandsguthaben oder auf anderem Wege erhalten haben“. Es ist also das Honecker-Regime selbst, das unverhohlen dazu aufruft, Westgeld einzuführen und in der DDR in Umlauf zu bringen, weil es diese Devisen für seine Geschäfte mit den westlichen Imperialisten braucht.

Und die Werktätigen in der DDR? Ist es denn auch ihr Problem, ob und wieviel Westgeld sie in der Hand haben? Tatsache ist doch, daß für viele Waren, die sie produzieren, die Preise so weit hochgeschraubt sind, daß sie diese Waren nicht oder nur unter großen Opfern kaufen können, egal ob für Ostgeld in den normalen Läden oder für Westgeld in den Intershops.

Warum dann der Wirbel um die angeblichen Westgeld-Forderungen in der bürgerlichen Presse der Bundesrepublik? Damit soll die Westmark zum Zauberstab erklärt werden, mit dem sich alle wirtschaftlichen Probleme für die Werktätigen der DDR aus der Welt schaffen lassen, der ihnen das Tor zum „Goldenen Westen“ und seinem Konsumparadies öffnet. Wenn die „Rote Fahne“ auf dieser Welle mitschwimmt, zeigt sie dadurch einmal mehr, was es mit ihrem angeblichen Kampf für die Interessen der Werktätigen in der DDR tatsächlich auf sich hat.

Man kann sich also ausmalen, auf welcher Linie die GRF ihren jetzt angekündigten „Aufbau einer Parteiorganisation in der DDR“ in Angriff nehmen wird. Die GRF-Führer machen viele Worte über den Zusammenschluß der Arbeiterklasse in der DDR. Aber was bezwecken sie damit? Wollen sie etwa die revolutionäre Bewegung in Ostdeutschland unterstützen? Wenn das so wäre, würden sie dann krampfhaft verschweigen, daß es in der DDR die kommunistische Partei gibt, nämlich die Sektion DDR der KPD/ML?

Nein, diese Leute wollen ganz etwas anderes. Sie sagen selbst: „Der Zusammenschluß der Arbeiter und Werktätigen im Klassenkampf muß der Stärkung der antihegemonistisch-demokratischen Bewegung nutzbar gemacht werden.“ Nicht die Revolution haben sie vor Augen, nicht für den gewaltsamen Sturz der sozialfaschistischen Herrschaft und die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats wollen sie alle Faktoren nutzbar machen. Sondern umgekehrt: Nutzbar gemacht werden soll die Arbeiterbewegung. Und wofür? Sie nennen es die antihegemonistisch-demokratische Bewegung. Für die Bildung einer solchen Bewegung in der DDR, so sagen sie, existieren nicht nur die objektiven Bedingungen. Es hat sich sogar schon, ganz ohne das Zutun der Kölner „Parteizentrale“, sozusagen als Vorläuferin dieser Bewegung, das herausgebildet, was die GRF-Führer die „demokratische Opposition“ nennen. Und dann fallen Namen wie Bahro, Havemann und andere.

Der ganze Sumpf der bürgerlichen Systemkritiker und Dissidenten also, Leute, wie der Rationalisierungsfachmann und SED-Funktionär Bahro, der sich nicht genug darüber empören kann, daß die Arbeiter der DDR so unproduktiv arbeiten, wie der Philosoph Havemann, der nach Liberalisierung und Pluralismus schreit und von einem „Prager Frühling“ in der DDR träumt. Das ist der Kern der antihegemonistisch-demokratischen Bewegung, die die GRF in der DDR entwickeln will, und in diesen Sumpf soll ihr die Arbeiterklasse, hinter dem Fähnchen der „Parteiorganisation in der DDR“ folgen.

Wenn sich jetzt die „Rote Fahne“ mit Lobpreisungen an die Adresse von Antikommunisten wie Bahro oder Havemann überschlägt, muß man einmal die Vorstellungen danebenstellen, wie sie etwa der GRF-Funktionär Kreimeier in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift „Kämpfende Kunst“ von sich gab:

„Die Frage, ob der Umschlag in Kapitalismus und Barbarei, die Kehrtwendung zu imperialistischer Expansion nach außen und faschistischer Unterdrückung nach innen bereits unter Stalin oder aber erst mit dem XX. Parteitag erfolgte — über diese Frage muß allerdings gestritten, vor allem muß sie wissenschaftlich ergründet werden.“ Diese Leute stellen es sich zur Aufgabe, zu ergründen, ob die Diktatur des Proletariats, wie sie zu Stalins Zeiten in der Sowjetunion und auch in der DDR bestand, nicht ein System der Barbarei, der faschistischen Unterdrückung gewesen sei! Was unterscheidet sie denn noch vom Dissidenten-Sumpf, der ja bei aller Verschiedenheit der reaktionären Ansichten durch den gemeinsamen tiefen Haß gegen Stalin, den Kommunismus, die proletarische Diktatur geeint ist? Doch nur, daß die Bahro und Havemann diesem Haß offenen Ausdruck geben, während die Semler oder Kreimeier, feige wie sie sind, ihren Antikommunismus, wie schon so oft in der Vergangenheit, hinter einer „wissenschaftlichen Fragestellung“ zu verstecken versuchen.

Wenn jetzt diese Leute mit dem „Aufbau einer Parteiorganisation in der DDR“ hervortreten wollen, dann ist allerdings auch klar, warum sie gegen die Sektion DDR unserer Partei auftreten. Weil sie vollständig das Ziel der proletarischen Revolution in der DDR, für das die KPD/ML kämpft, ablehnen, nämlich die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats, von der sie — nach den Worten ihres Kreimeier — ja annehmen, es sei die Barbarei.

Bleibt die Frage: Wohin führt der Kurs der GRF? Wenn sie den bürgerlichen Sumpf der Dubcek-Anhänger und „Antistalinisten“ in der DDR unter der Flagge des Antihegemonismus sammeln will, dann ist das nichts als eine Täuschung. So wie 1968 die „Helden des Prager Frühlings“ vor den Kreml-Herren kapitulierten, so suchen auch heute die Dissidenten den Kompromiß, die Verständigung mit Moskau und seinen Statthaltern. Ihnen, die vom Volk getrennt sind, die die revolutionäre Bewegung hassen, die schon der Gedanke an die Diktatur des Proletariats erschaudern läßt, ihnen geht es um ihre Privilegien, um ihre Teilhabe an der Macht.

Und da, wo sie oppositionell sind, sind sie es eben nicht vom Boden des Klassenkampfes oder auch des Kampfes um nationale Unabhängigkeit aus, sondern als Schrittmacher des ideologischen und politischen Einflusses der westlichen Imperialisten und vor allem der amerikanischen Supermacht. Einen wirklichen Kampf gegen die Oberherrschaft der Sozialimperialisten können nur die Volksmassen unter der Führung des Proletariats entfalten. Und in diesem Kampf gibt es weder Kompromisse mit der einheimischen Bourgeoisie noch ein Liebäugeln mit dem westlichen Imperialismus. Denn die Werktätigen in der DDR können sich nur dann vom Sozialimperialismus befreien, wenn sie in der proletarischen Revolution die faschistische Diktatur der russischen Unterdrücker und ihrer ostdeutschen Statthalter zerschlagen. Für dieses große Ziel die Arbeiterklasse und das Volk zusammenzuschließen, ist die Aufgabe, die sich die Sektion DDR der KPD/ML gestellt hat. Und in diesem Kampf wird es notwendig sein, der reaktionären Demagogie der Dissidenten genauso entschlossen entgegenzutreten wie den antikommunistischen spalterischen Manövern ihrer Freunde, der GRF-Führer.

Fernseh-Zusammenarbeit DDR-Sowjetunion

Moskaus Propaganda auf den Bildschirmen der DDR

Von „neuartigen Partnerbeziehungen“ zwischen dem Fernsehen der DDR und dem der Sowjetunion war jetzt im „Neuen Deutschland“ die Rede. Und wie diese Beziehungen aussehen, wurde folgendermaßen ausgeführt: „Wurden 1971 vom DDR-Fernsehen 350 Stunden sowjetische Programme ausgestrahlt, so waren es 1976 nahezu zweimal so viel.“

Das sind tagtäglich sage und schreibe zwei Stunden russisches Propaganda-Material, das über die ostdeutschen Bildschirme flimmert.

Doch damit nicht genug. Es sind nicht nur die rein russischen Produktionen, die dermaßen lawinenartig das DDR-Fernsehen überschwemmen. „Mehr als verdoppelt hat sich in diesem Zeitraum (von nur fünf Jahren — RM) auch die Zahl der Eigenproduktionen des DDR-Fernsehens über das Land des Roten Oktober.“

Über DDR-Produktionen im russischen Fernsehen sagt der Artikel im „Neuen Deutschland“ nichts. Eine höchst einseitige „Partnerschaft“ also. Es ist bei den Kulturbeziehungen so wie in allen Bereichen: Es wird viel Wind um eine sogenannte Partnerschaft gemacht, es wird — wie im Fall der Fernsehanstalten — „eine planmäßige Koordination der staatlichen Komitees“ eingeführt. Und wer da plant und koordiniert, wer da bei allem das Kommando führt, wird deutlich, wenn man sich das Fernsehprogramm der DDR ansieht. Es sind die Kulturfunktionäre in Moskau, die den Satellitenstaaten der Sozialimperialisten die Moskauer Filmproduktionen aufzwingen, die dafür sorgen, daß auch ansonsten die Propagandatrommel für die neuen Zaren im Kreml gerührt wird.

Natürlich sind die Moskauer Herren bei der Durchführung dieser Politik nicht verlegen um die radikale und scheinrevolutionäre Phrase. So erschien der erwähnte Artikel im „Neuen Deutschland“ auch unter dem bezeichnenden Titel „Bildschirmvorhaben zum Oktober-Jubiläum“, versucht er den Eindruck zu erwecken, als stehe die Propaganda für den Sozialimperialismus in der Tradition der großen Oktober-Revolution. Oder es werden russische Filme ins Programm genommen, die scheinbar den heldenhaften revolutionären Kampf des russischen Volkes beschreiben, wie zum Beispiel eine Verfilmung des von den Arbeitern in der ganzen Welt geschätzten Romans „Wie der Stahl gehärtet wurde“.

Aber wie sieht ein solcher Film dann aus? Statt der Helden des Romans, der Mitglieder des Komsomol der zwanziger Jahre, die sich durch einen hohen Opfergeist auszeichneten, werden dem Zuschauer ausgeflippte Jugendliche in Jeans und mit Beatles-Frisuren vorgeführt, damit, wie eine russische Zeitung dazu bemerkte, „die Ereignisse in neuer Form und neuem Inhalt für den heutigen Zuschauer verständlich werden.“

Eine ähnliche Bearbeitung nach Moskauer Art erfuhr auch der Roman „Thyl Ulenspiegel“ von Charles de Coster, der als Fernsehserie vor einigen Monaten auch über die westdeutschen Bildschirme flimmerte. Aus diesem großartigen Epos des Befreiungskampfes der Flamen und Niederländer hatten die Moskauer „Künstler“ eine dummdreiste Sauf- und Freßorgie gemacht. Aber wie sollte es auch anders sein? Die russischen Sozialimperialisten, deren grausames Joch nicht nur auf den Völkern der Sowjetunion, sondern auch auf denen der Satellitenstaaten lastet, können es natürlich niemals wagen, die proletarische Revolution oder einen nationalen Befreiungskampf auf die Bildschirme zu bringen.

So schmücken sie sich mit den Titeln der revolutionären und fortschrittlichen Literatur, mit dem Namen der Helden der Revolution, aber sie geben dem ganzen eben ihre neue revisionistische Form und ihren neuen revisionistischen Inhalt. Daneben drücken sie auch solche unverhüllten Propaganda-Machwerke für die schrankenlose Aggression und Expansion des Sozialimperialismus in die Fernseh-Programme wie den Film „Ozean“, der die russische Marine als die Herrin der Weltmeere zeigt.

Und was ist mit den sogenannten unpolitischen Fernsehproduktionen? Die ganze Flut von Schlager-Sendungen, Reportagen und Filmchen nach westlichem „modernen“ Schnitt, die sich über die Fernsehzuschauer ergießt, hat natürlich auch ihren Zweck: Sie soll die Werktätigen von den wirklichen Problemen des Klassenkampfes ablenken, soll ihnen eine Welt der Stars, des glitzernden Scheins vorgaukeln, soll Resignation und politische Apathie unter den Massen verbreiten und sie glauben machen, ihre Probleme seien nicht gesellschaftlicher Art, seien nicht Probleme der Ausbeutung, der Unterdrückung und des Kampfes dagegen, sondern persönliche Schwierigkeiten wie Generations-, Ehekonflikte usw.

Und natürlich versäumen die Moskauer Kulturfunktionäre es nicht, auch in solchen Produktionen die Herrschaft des Sozialimperialismus anzupreisen, die russischen Besatzer in der DDR und anderen Ländern als gute Freunde hinzustellen oder nach dem Vorbild der amerikanischen Kriminalfilme die Polizei- und Geheimdienstschergen des Kreml als strahlende Helden hinzustellen.

So dient die Moskauer Fernsehproduktion, dient die sogenannte Partnerschaft mit den Fernsehanstalten der DDR nur dem Ziel, die Terrorherrschaft der Sozialimperialisten zu beschönigen, die Massen mit ihr auszusöhnen. Aber die Klassenwidersprüche im Herrschaftsbereich der Kreml-Herren lassen sich nicht mit dem revisionistischen Propaganda-Dreck zukleistern. Die Werktätigen auch in der DDR empfinden, je mehr sich ihre Lage verschlechtert, diese Propaganda immer mehr als einen Hohn und sind nicht bereit, ihr zu folgen.

Erste Internationale Moskauer Buchmesse

Eine reaktionär-revisionistische Bücherschau

Vom 9.-14. September fand die „Erste Internationale Moskauer Buchmesse“ statt, die ab jetzt zu einer ständigen Veranstaltung der Sozialimperialisten werden soll.

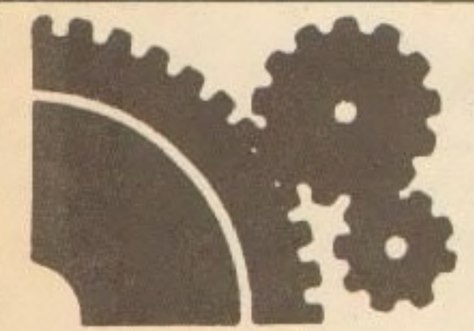
Solche Bücher fehlten vollends, dafür wurde dem Sowjetbürger neben der ihm bekannten revisionistischen Literatur eine breite Palette bürgerlicher Literatur aus dem kapitalistischen Westen angeboten. Die westlichen Verlage machten mehr als die Hälfte der 1.510 Aussteller aus. Worum es bei dieser Buchmesse in Erfüllung des „Geistes und der Buchstaben von Helsinki“ (so der stellvertretende Minister für Verlags- und Buchwesen der Sowjetunion) ging, waren handfeste wirtschaftliche Interessen, war das große Buchgeschäft, an dem man von russischer und westlicher Seite verdienen will. Und dabei schossen die bundesdeutschen und Westberliner Verlage, die mit 193 Verlagen nach der Sowjetunion die mit Abstand größte Ausstellergruppe, den Vogel ab.

Die Messe- und Ausstellungs GmbH des Börsenvereins des deutschen Buchhandels, die neben den Firmen Grossohaus Wegner, Kubon und Sagner und dem revisionistischen Brücken-Verlag die westdeutschen Interessen vertrat, hatte zuvor das ihrige für eine gute Geschäftsentwicklung getan. Da hatte die Messe- und Ausstellungs GmbH bereits vorher die Verlage zur „Mäßigung“, zur „freiwilligen Selbstkontrolle“ aufgerufen und das Ausstellungsreferat dann selber die wenigen fortschrittlichen und den Russen unliebsamen revolutionären Titel zensiert. So wurden aus dem Sortiment für Moskau Bücher wie die „Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, der Roman „Kämpfende Jugend“ und ein Buch über das Erziehungswesen in China u. a. vom Oberbaumverlag wie auch einige andere fortschrittliche Titel verschiedener Verlage gestrichen.

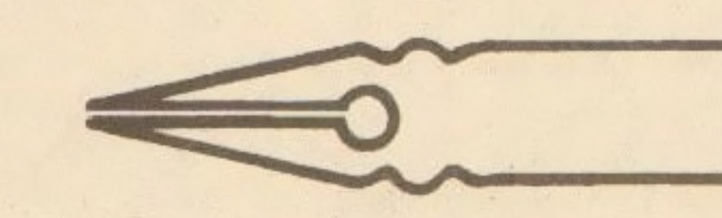
Verständlich, daß die Russen dann selber nicht mehr viel zensieren brauchten und der leise Protest vom Geschäftsführer der Ausstellungs- und Messe GmbH des Börsenvereins, Peter Weidhaas, gegenüber seinen russischen Gastgebern nichts als eine Pflichtübung und blanker Hohn war. Und schließlich konnte auch ein revisionistischer Autor aus Italien, der Bücher von Solschenizyn und anderen „Dissidenten“ herausgebracht hatte, nach Moskau einreisen. Überhaupt feierte ein breites Sortiment von reaktionären Büchern freudige Urständ auf dieser 1. Internationalen Moskauer Buchmesse. Da waren die israelischen Zionisten mit ihrem umfangreichen Angebot genauso vertreten wie die Spanier und die Jugoslawen, die nach der Bundesrepublik die größten ausländischen Ausstellergruppen bildeten.

Besonders für die „Großen“ des deutschen Buchhandels hielt die Messe und übertraf das, was die Moskauer Aussteller versprochen hatten. „Breite Möglichkeiten für die Entwicklung der Geschäftsbedingungen und den Abschluß profitbringender Vereinbarungen stehen allen Teilnehmern zu. Für Meinungsaustausch und Diskussionen aller Art stellen wir eigens einen ‚Club der Geschäftstreffen‘ (buiseness club) zur Verfügung“, hieß es in dem Einladungsschreiben an den Börsenverein. Für die Bertelsmann, Exon, Droemer und Knaur und Springers Ullstein-Verlag, dessen Schlager auf der Messe die soeben erschienenen Erinnerungen des Nazi-Ministers Albert Speer waren, kam das Lizenzgeschäft gut ins Rollen. Alles in allem war man sehr zufrieden und Gerhard Kurtze zollte seinen russischen Geschäftspartnern hohes Lob: „Die Russen haben hier politisch eine echte Novität eingeleitet. Unter 8.000 Titeln sind einige wenige beschlagnahmt worden; ... Ich bin der Meinung, daß die Zensur in der westlichen Presse hochgespielt worden ist, und darüber sind die Russen mit Recht sauer.“ Es sind also die besten Voraussetzungen gegeben, um den revisionistisch-kapitalistischen Geschäfts- und Meinungsaustausch auf der Frankfurter Buchmesse vom 12.-17. September erfolgreich fortzusetzen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Lügen für Veith-Pirelli

„Sind Arbeitslose arbeitsscheu?" Unter solchen und ähnlichen Schlagzeilen hat die Veith-Pirelli AG eine Pressekampagne gestartet, die an Lügenhaftigkeit und Zynismus kaum noch zu überbieten ist.

So behaupten die Veith-Kapitalisten z. B. im „Darmstädter Echo": „Trotz bundesweiter Ausschreibungen hat sich bis jetzt unter einer Million Arbeitsloser kein Bewerber gefunden." Abgesehen davon, daß es wohl lächerlich ist, von einem Arbeiter aus Hamburg oder München beispielsweise zu erwarten, daß er in den Odenwald zieht, um bei Pirelli zu arbeiten, noch dazu, wenn er als Arbeitsloser kaum genug Geld haben dürfte, sich hier eine neue Existenz aufzubauen, ist es eine zynische Verdrehung der Tatsachen.

Wozu also die Pressekampagne? Die Kapitalisten erwarten eine Flut von Bewerbern, aus denen sie sich dann die für sie „geeignetsten" aussuchen können. Deshalb moralisieren die bürgerlichen Schreiberlinge im Auftrag der Veith-Pirelli-Kapitalisten über den „mangelnden Arbeitswillen" der deutschen Arbeiter. Deshalb wird der Reifenbau mit Akkord-Arbeit und drei-Schichten-Betrieb nun auf einmal als zwar schwerer, aber doch „interessanter" und „verantwortungsvoller" „Beruf" dargestellt. Und deshalb wird kräftig am Image der Veith-Kapitalisten, das zumindest unter den Werktätigen des Odenwaldes schwer angeschlagen ist, poliert, mit Sätzen wie: „Sie (die Vertreter des Darmstädter Arbeitsamtes) wiesen darauf hin, daß Veith-Pirelli auch Schwerbehinderten einen Arbeitsplatz geschaffen hat."

Pirelli sucht Arbeitskräfte – Sind Arbeitslose arbeitsscheu?

rer Mitarbeiter auch im sozialen Be-
ich sehr aufgeschlossen ist. Sie wie-
n unter anderem darauf hin, daß
ith-Pirelli in letzter Zeit auch
hwerbehinderten einen Arbeitsplatz
schaffen hat.
ith-Pirelli hat beim Darmstädter Ar-
tsamt einen Dauerauftrag zur S

kann, bis es sich unter den Arbeitsuchenden herumspricht, daß im Odenwald Arbeitskräfte gesucht werden. Bis zum Mai nächsten Jahres hofft man auf einigen Erfolg.
Schwierig wird es sein, weil die Einstellung bei Veith an gewisse Bedingungen geknüpft ist, die

Während der Krise hat die Veith-Pirelli AG im Verein mit Dunlop kräftig Aufträge der großen Automobilkonzerne anderen Reifenherstellern entrissen. So beherrscht die Fusion Veith-Pirelli-Dunlop nun den westdeutschen Markt fast ganz und die größten Teile des europäischen Marktes.

Bereits 1975 hat die Veith-Pirelli AG Aufträge übernommen, die die Produktionskapazität bei weitem überstiegen. Sie wurden erfüllt durch Sonderschichten, die fast zwei Jahre lang gefahren wurden. So lange, bis die Kollegen es sich einfach nicht mehr länger gefallen ließen und sich weigerten. Während dieser Zeit haben sich Hunderte von Arbeitslosen beworben. Aber immer war es das gleiche Bild: Von 100 Bewerbern wurden hier und da, nach Bedarf, mal fünf oder zehn genommen. Und dabei standen etliche Maschinen im Reifenbau die ganze Zeit noch leer.

Nun sind die Kapitalisten darangegangen, auf der Grundlage des so aus unseren Knochen gesaugten Profits den Betrieb zu rationalisieren.

Im „Darmstädter Echo" liest sich das so: „Die Veith-Pirelli AG hat ihren Maschinenpark erweitert und so 120 neue Arbeitsplätze geschaffen."

Tatsache ist, daß zunächst einmal die Maschinen alle voll besetzt worden sind und daß automatisiert wird. Teilweise werden veraltete Maschinen durch neue ersetzt. Durch die Automatisierung fallen aber gerade wieder Arbeitsplätze weg. Zu allem kommt auch noch die große Fluktuation, denn viele, auch jüngere Kollegen, halten die Arbeitshetze einfach nicht mehr aus.

Fragt man die Arbeiter, so ist ihnen sicherlich bereits ein Schwerbehinderter aufgefallen, der als „Kontrolleur" im Betrieb herumläuft, um die Kollegen zu bespitzeln, daß sie auch ja nicht zuviel Pause machen, denn sonst muß der Akkord erhöht werden. Oder daß sie keine klassenkämpferischen Reden führen.

Im „Darmstädter Echo" steht natürlich nichts davon, daß Dutzende von Arbeitern in den letzten Jahren erst in der Veith zu Schwerbehinderten geworden sind. Auch über die dauernden Akkorderhöhungen steht nichts darin. Aber die Rechnung der Herren Kapitalisten wird nicht aufgehen: Unter den Arbeitern gärt es schon seit langem. Daß der Kampf noch nicht ausgebrochen ist, liegt einzig und allein an dem großen Einfluß, den der Apparat der IG-Chemie und vor allem seine speichelleckenden Betriebsräte noch auf die Arbeiter haben.

Am Anfang des Jahres haben sich die Kollegen einer Abteilung gegen eine neue Akkorderhöhung gewehrt mit Streik. Der Streik blieb, dafür sorgte der Betriebsrat, auf die eine Abteilung beschränkt und wurde zerschlagen. Aber er hat seinen Teil dazu beigetragen, daß die Rolle des Gewerkschaftsapparates weiter entlarvt wurde. Seither wächst die Unruhe und der Widerstand beständig. Und wenn die Arbeiter erst einmal erkannt haben, daß sie selbständig für ihre Rechte kämpfen müssen, dann werden die Kapitalisten schon ihre Rechnung bekommen.

Kalkulierter Arbeitermord im Kaiserhafen

Liebe Genossen!

Neulich schrieb der „Rote Morgen", daß offizielle Stellen den „Vorschlag" gemacht haben, zu Arbeiten mit krebserregenden Stoffen bevorzugt ältere Arbeiter einzusetzen. Sie sollen, wenn die Krankheit dann offen ausbricht, das Rentenalter erreicht haben.

Im Kaiserhafen von Bremerhafen ist das schon bittere Wirklichkeit.

Güter mit radioaktiver Strahlung sind dort — je nach der Intensität der Strahlung — mit einem, zwei oder drei Balken gekennzeichnet. Ein Balken bedeutet eine angeblich ganz geringfügige Strahlung.

Den Kollegen fiel auf, daß zum Transport von Kisten mit zwei oder drei Balken immer nur ältere Kollegen eingeteilt werden. Einmal ging es um die Verladung besonders schwerer Kisten dieser Art. Ein junger Kollege meldete sich, weil er nicht einsah, daß ältere Leute gerade diese schwere Arbeit machen sollen. Er wurde strikt abgewiesen und woanders eingeteilt.

Auf einer Schulung für Hafenarbeiter plauderte ein Sicherheitsbeauftragter nun aus, daß diese Handhabung auf einer entsprechenden Richtlinie beruht. Die Kollegen fragten ihn, ob die mit einem einzigen Balken gekennzeichneten Güter wirklich ungefährlich seien.

„Wenn der Prüfer mit dem Geigerzähler die Strahlung mißt und dann dabei stehen bleibt, könnt ihr ruhig verladen. Wenn er sie aber freigibt und sich dann davon macht, ist es das beste, das Weite zu suchen", antwortete der Sicherheitsbeauftragte.

Rotfront!
Genossen aus Bremen

IGM-Gewerkschaftstag

Keine Absage an Konzertierte Aktion

„Konzertierte Aktion nun endgültig kaputt?" — So lautete etwas provozierend eine Schlagzeile im „Handelsblatt". Natürlich ist diese Frage so ernst nicht gemeint. Auch den „Handelsblatt"-Redakteuren ist nicht entgangen, daß der auf dem Düsseldorfer IGM-Kongreß verabschiedete Antrag nicht etwa den Austritt des DGB aus der konzertierten Aktion fordert, sondern lediglich das Fernbleiben der DGB-Vertreter „so lange, bis die Unternehmer ihre Verfassungsklage gegen das Mitbestimmungsgesetz von 1976 zurückgezogen haben". So viel Lärm der DGB-Apparat selbst, die DKP-Revisionisten und das Fernsehen und die bürgerliche Presse um diesen Antrag auch veranstalten, so wenig bedeutet er eine Änderung der positiven Haltung des IGM-Apparats zur Konzertierten Aktion. Und erst recht bedeutet der Antrag kein Abgehen von der arbeiterfeindlichen Sozialpartnerschaftskumpanei, mit der der IGM-Apparat die Kapitalisten vor dem Kampf der Arbeiter schützen will.

Die klassenbewußten und revolutionären Gewerkschafter haben die Konzertierte Aktion schon immer bekämpft, denn den Kapitalisten, der Regierung und dem DGB-Apparat dient sie als Hebel, um den unversöhnlich geführten Kampf der Arbeiterklasse für ihre wirtschaftlichen Forderungen, gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage, zu unterlaufen. Sie hat den Zweck, mit Hilfe von Lohnleitlinien, die zwischen Kapitalisten, Regierung und DGB-Führung ausgekungelt werden, sogenannte „konjunkturgerechte" Tarifabschlüsse vorzubereiten, sprich: Reallohnsenkungen. Deshalb findet die Forderung „Heraus aus der Konzertierten Aktion!" eine immer stärkere Unterstützung unter den Millionenmassen der einfachen Gewerkschaftsmitglieder. Aber nichtsdestoweniger wurden alle Anträge nach Austritt aus der Konzertierten Aktion auf den DGB-Gewerkschaftstagen immer abgeschmettert. Und es ist nicht anzunehmen, daß sich das in Zukunft ändern wird. Denn auf solchen Kongressen kommt nicht das Interesse und der Wille der Arbeiterklasse zum tragen. Dafür sorgen die Bonzen schon und in den Satzungen der DGB-Gewerkschaften ist ihre Herrschaft innerhalb des DGB abgesichert.

Sicher: Ob mit oder ohne Konzertierte Aktion — so oder so wird der arbeiterfeindliche DGB-Apparat den Kämpfen der Arbeiter in den Rücken fallen. Zwar ist die Konzertierte Aktion ein wichtiger Stützpfeiler der reaktionären Politik des Paktierens zwischen Kapitalisten und Gewerkschaftsapparat. Aber auch ohne Konzertierte Aktion würde sich an dieser Politik nichts grundlegendes ändern.

Diejenigen Kräfte, die sich innerhalb des DGB-Apparats als „radikaler Flügel" gebärden, „linke Sozialdemokraten", DKP-Revisionisten usw., treten ebenfalls gegen die Konzertierte Aktion auf. Warum? Sind sie etwa gegen die Politik der „sozialen Partnerschaft", treten sie für eine radikale Wendung des DGB zu einer wirklich proletarischen Klassenpolitik ein? Keineswegs. Auch ihnen geht es darum, den unversöhnlich geführten Kampf der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu sabotieren. Aber sie wollen ihren Verrat an der Arbeiterklasse besser mit einem klassenkämpferischen Anstrich bemänteln. Sie wollen verhindern, daß ein allzu offenes Paktieren des Gewerkschaftsapparates die Massen der Gewerkschaftsmitglieder vollends abstößt und sie dazu führt, sich gegen den Apparat zusammenzuschließen und ihren Kampf in die eigenen Hände zu nehmen. Aber die Revisionisten wollen keinesfalls etwas am Wesen der Politik des DGB ändern. Deshalb machen sie zwar viel Wind um ihre Gegnerschaft zur Konzertierten Aktion, denken aber gar nicht daran, sie wirklich kompromißlos zu bekämpfen.

Was hat denn ein Boykott der Konzertierten Aktion, wie er auf dem Düsseldorfer Gewerkschaftskongreß in Form eines Antrages an den DGB-Vorstand gefordert wird, mit dem Kampf der klassenbewußten und revolutionären Kollegen gegen die Konzertierte Aktion und ihre Grundlage, die Politik der Klassenversöhnung, zu tun? Überhaupt nichts! Er ist alles andere als eine Absage an die arbeiterfeindliche Politik der DGB-Bonzen. Sein Ziel ist es, die Attacken von Teilen der Kapitalistenklasse gegen die erweiterte Mitbestimmung abzuschmettern. Und gerade die Mitbestimmung bildet doch, mehr noch als die Konzertierte Aktion, eine entscheidende Waffe, mit der Kapitalisten, Regierung und DGB-Apparat die Arbeiterklasse auf die „Klassenzusammenarbeit", auf den Verzicht, unversöhnlich für ihre Interessen zu kämpfen, festnageln will. Und darüberhinaus soll die Mitbestimmung uns Arbeiter darüber hinwegtäuschen, daß wir Lohnsklaven sind und bleiben, solange das kapitalistische Ausbeutersystem nicht durch die sozialistische Revolution gestürzt wird.

Die Mitbestimmung liegt den DGB-Bonzen allerdings nicht nur deshalb so sehr am Herzen, weil sie gegen den revolutionären Klassenkampf gerichtet ist — es geht ihnen auch ganz einfach um die gutgepolsterten und gutbezahlten Aufsichtsratsposten. Es geht ihnen darum, durch die Vermehrung ihrer Sitze auf den „Arbeitnehmerbänken" in den Chefetagen der Konzerne ihre wirtschaftliche und politische Macht zu erweitern und sich noch mehr an den Futterkrippen des Kapitalismus breitzumachen. Auf der anderen Seite ist es gerade auch dieses Vordrängen des Gewerkschaftsapparates in ihre eigenen Pfründe, was einem Teil der Kapitalistenklasse Unbehagen bereitet. Die DGB-Führer sind heute schon die Herren über einen der größten und mächtigsten bundesrepublikanischen Konzerne. Sie gehören selbst zur Monopolbourgeoisie, zu jenen Kreisen der Ausbeuterklasse, in deren Händen sich die wirtschaftliche und politische Macht konzentriert. Durch die Erweiterung der Mitbestimmung, wie sie im Mitbestimmungsgesetz von 1976 sanktioniert wird, wird diese Stellung der DGB-Führung weiter verstärkt.

Wenn die DGB-Bonzen den Boykott der Konzertierten Aktion als Druckmittel zur Durchsetzung ihrer Mitbestimmungspfründe einsetzen, so gehen sie davon aus, daß die Regierung und die Monopolkapitalisten auf die Konzertierte Aktion nicht gerne verzichten wollen. Schon daran wird erkennbar, wem die Konzertierte Aktion gerade nicht dient: der Arbeiterklasse nämlich. Und wenn der DGB-Apparat und die Revisionisten der DKP jetzt ausgerechnet diesen Boykott als Beweis für die „harte Haltung" der Gewerkschaften gegen „reaktionäre Kreise der Wirtschaft" hinstellen, so zeigt das, wie sie die Arbeiter und kleinen Angestellten für dumm verkaufen wollen. Genauso auch, wenn Loderer unter dem Beifall der „radikalen" Funktionäre tönt: „Wenn reaktionäre Kreise im Unternehmerlager die Mitbestimmung in Frage stellen, müssen sie mit sozialen Unruhen rechnen..." Hat dieses Drohen denn etwas mit einem wirklichen Kampf gegen die Kapitalistenklasse zu tun, beweist es etwa die Gegnerschaft von Loderer und Konsorten gegen den Kapitalismus, gegen Ausbeutung und Unterdrückung? Nein! Nicht im geringsten. Es ist ein schmutziges und zynisches Spiel, ein widerwärtiges Pokern von gekauften „Arbeiterführern", die das „Gespenst des Klassenkampfes" gegenüber ihren kapitalistischen Komplizen und Konkurrenten beschwören, damit sie im Schacher um Machtpositionen und Anteile an dem den Arbeitern abgepreßten Profit mehr für sich herausschinden können.

Korrespondenz

Warnstreiks bei VFW-Fokker

Beim norddeutschen Luftfahrt- und Rüstungskonzern VFW-Fokker stehen die Zeichen auf Sturm. Kein Wunder, denn immer offener fordern Bremer Politiker und der IG Metall-Bezirksleiter vom Steeg sowie Vertreter des Gesamtbetriebsrats eine Fusion mit dem süddeutschen Rüstungskonzern Messerschmidt-Bölkow-Blohm. Allein im Bremer Raum sind 10.000 Kollegen in verschiedenen Werken von VFW-Fokker beschäftigt. Eine Fusion mit MBB würde bedeuten, daß einige tausend Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren.

So legten Anfang September 3.000 Kollegen im Bremer Werk die Arbeit nieder, zogen durch die Hallen und anschließend in die Innenstadt zum Gebäude der Bürgerschaft. Eine Woche später demonstrierten etwa 600 Kollegen vom Zweigwerk Hoykenkampf in Delmenhorst. Das gleiche taten die Kollegen aus den Werken Varel und Einswarden bei Nordenham. Die Lage bei VFW hat sich mittlerweile soweit zugespitzt, daß unter der Hand gemunkelt wird, die Auszahlung der Löhne für Oktober sei stark gefährdet.

In diesem Zusammenhang muß man auch die Berufung von Czichon nach Bremen sehen, zur Zeit hoher Krupp-Manager in Essen, ab Januar 1978 Chef der Senatskanzlei von Bürgermeister Koschnick. Denn Großaktionär bei VFW ist Krupp mit 36%. Daneben halten noch Anteile: mit 26% ein amerikanischer Technologiekonzern, ebenfalls mit 26% die Hanseatischen Industriebeteiligungen. Dahinter verbirgt sich Ludwig Roselius, Hauptaktionär von Kaffee Hag. Den Rest des Kapitals hält die Familie Heinkel.

Inzwischen hat sich die Situation bei VFW soweit zugespitzt, daß in dieser Woche in Bremen und Bonn etliche Konferenzen zwischen Vertretern der Bundesregierung, der IG Metall, dem Gesamtbetriebsrat und Koschnick zur „Rettung von VFW" stattgefunden haben. Koschnick und Vertreter verschiedener Bonner Ministerien haben sich bereit erklärt, monatlich rund acht Millionen Mark bei VFW reinzubuttern. Außerdem soll der Rüstungskonzern so schnell wie möglich neue militärische Aufträge erhalten.

Die Fusion zwischen VFW und MBB ist so gut wie beschlossen. Natürlich auf Kosten der Kollegen. Und die Gewerkschaftsbonzen sind unter dem Deckmantel von „Mitbestimmung" und „Partnerschaft" die eifrigsten Verfechter der Arbeitsplatzvernichtung. So vom Steeg: „Wir sind uns im klaren darüber, daß dies nicht ohne Arbeitsplatzverluste abgehen wird." Oder der Gesamtbetriebsratsvorsitzende und Mitglied des Aufsichtsrats bei VFW-Fokker: „Wir schließen nicht aus, daß man eine gewisse Abspeckung auch bei uns durchziehen kann. Wenn sich vernünftige Lösungen ergeben, werden wir uns gegen einen Personalabbau nicht sperren." Bürgermeister Koschnick nennt sogar die Zahlen: 3.000-4.000 Arbeitsplätze müßten wegrationalisiert werden, dann käme die deutsche Luftfahrt- und Flugrüstungsindustrie wieder in Schwung.

Das Aktionsprogramm der Revolutionären Gewerkschaftsopposition

Das Aktionsprogramm der RGO

Innerhalb der DGB-Gewerkschaften unterstützt die RGO alle Initiativen und Forderungen der Gewerkschaftsmitglieder, die bessere Bedingungen für den Kampf der Arbeiterklasse und die Verstärkung und konsequente Führung dieses Kampfes zum Ziel haben. Sie unterstützt solche Forderungen, die sich gegen die Ideologie der Klassenversöhnung und gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit wenden. Sie unterstützt alle Forderungen, die es dem DGB-Apparat erschweren, sich über den Willen der Gewerkschaftsmitglieder hinwegzusetzen. Sie unterstützt solche Forderungen, die es dem DGB-Apparat erschweren, den kämpfenden Arbeitern in den Rücken zu fallen. Insbesondere tritt die RGO innerhalb der DGB-Gewerkschaften für folgende Forderungen ein:

- **Gegen die Diktatur des Apparats über die Mitglieder, gegen den weiteren Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie! Für mehr Mitgliederrechte!**
- **Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen! Für die freie politische Betätigung in den DGB-Gewerkschaften!**
- **Weg mit dem Recht der Ortsvorstände, von den Mitgliedern gewählte Vertrauensleute abzulehnen!**
- **Absolute Verbindlichkeit der Urabstimmungsergebnisse für die Gewerkschaftsführung!**
- **Annahme von Tarifverträgen nur durch Urabstimmungen!**
- **Weg mit der undemokratischen 75%-Klausel! Die einfache Mehrheit muß bei Urabstimmungen entscheiden!**
- **Forderungen in Mark und Pfennig statt Prozentforderungen!**
- **Keine Beteiligung am Schlichtungsverfahren! Keine Anerkennung der Schlichtungsergebnisse!**
- **Keine Anerkennung der Tariffriedenspflicht! Für die Unterstützung von Streiks, die den Tariffrieden brechen!**
- **Heraus aus der Konzertierten Aktion!**
- **Weg mit dem Mitbestimmungsbetrug!**

Dabei kann und will die RGO sich nicht auf die Oppositionsarbeit innerhalb der DGB-Gewerkschaften beschränken. Es ist absolut notwendig, den Kampf in den Betrieben breiter zu entfalten und energisch zu verstärken. Die Kollegen drängen auf Kampfmaßnahmen, während der DGB-Apparat tausendfach bewiesen hat und tagtäglich aufs neue beweist, daß er diese Kämpfe nicht nur nicht führen will, sondern sogar verhindert, unterdrückt und sabotiert. **Deshalb tritt die RGO dem arbeiterfeindlichen DGB-Apparat auch in den Betrieben entgegen. Sie mobilisiert ohne und gegen den verräterischen DGB-Apparat die Kollegen gegen die Kapitalisten zum Kampf für ihre Forderungen.**

Die RGO unterstützt und organisiert den Kampf für alle Forderungen, die die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse und ihre Lebenslage verbessern. Sie kämpft gegen jede Unterdrückung und Behinderung der Kämpfe der Arbeiterklasse durch Gesetze, durch staatlichen Terror sowie durch den Terror der Unternehmer. Dabei kämpft die RGO vor allem für folgende Forderungen:

- **Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb!**
- **Weg mit dem reaktionären Betriebsverfassungsgesetz und dem Personalvertretungsgesetz! Weg mit der Friedens- und Schweigepflicht! Weg mit der Verpflichtung der Betriebsräte zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Kapitalisten!**
- **Schluß mit den politischen Entlassungen!**
- **Gegen die Illegalisierung spontaner Streikkämpfe! Für die volle Durchsetzung des Streikrechts!**
- **Verbot der Aussperrung in allen Formen!**

Die RGO organisiert und führt den Kampf um die wirtschaftlichen Forderungen. Im Kampf gegen die ständige Verschärfung der Ausbeutung tritt sie vor allem für folgende Forderungen ein:

- **Kampf dem Abbau der Reallöhne! Konsequenter Kampf für Lohnerhöhungen!**
- **Für die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!**
- **Für die Verlängerung der Urlaubszeit!**
- **Gegen die ständige Verschärfung der Arbeitshetze! Für mehr Erholpausen!**
- **Für die Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre für Männer (bei Schwerarbeitern auf 55 Jahre) und auf 55 Jahre für Frauen (bei Schwerarbeiterinnen auf 50 Jahre) bei sofortiger Zahlung der vollen Rente!**

Die RGO erklärt den Kampf gegen die besondere Ausbeutung und Unterdrückung von bestimmten Arbeitergruppen wie der Frauen, der Jungarbeiter und Lehrlinge und der ausländischen Kollegen zur Sache der gesamten Arbeiterklasse. Dabei kämpft die RGO vor allem für folgende Forderungen:

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!**
- **Weg mit den Leichtlohngruppen!**
- **Verbesserung des Mutterschutzes!**
- **Einrichtung von Kinderkrippen und Kindergärten in den Betrieben!**
- **Freistellung eines Elternteils von der Arbeit bei voller Bezahlung für die Dauer der Erkrankung eines Kindes!**
- **Weg mit den Altersabschlägen!**
- **Streikrecht für Lehrlinge!**
- **Übernahme aller Lehrlinge nach Abschluß der Lehre!**

näre Gesetze wie das Betriebsverfassungsgesetz oder durch Satzungen und Richtlinien des DGB-Apparats an die Interessen der Bourgeoisie und des DGB-Apparats gebunden. Andererseits aber sind es wichtige Positionen im Betrieb, die im Interesse des Kampfes der Belegschaft ausgenützt werden können und müssen. Die Erfahrung hat gezeigt, wie wichtig es ist, diese Gremien nicht einfach den Handlangern des DGB-Apparats oder anderen den Unternehmern völlig hörigen Elementen zu überlassen.

Revolutionäre Betriebsräte, Vertrauensleute und Jugendvertreter nutzen diese Funktionen, in die sie durch den Kampf der Kollegen gelangt sind, aus, um die revolutionäre Einheit der Belegschaft auf der Grundlage des Aktionsprogramms der RGO und betrieblicher Kampfprogramme zu fördern und zu festigen. Sie weisen alle Bestechungsversuche seitens der Kapitalisten und des DGB-Apparats zurück und vertreten unnachgiebig die Interessen ihrer Klasse. Revolutionäre Betriebsräte, Vertrauensleute lehnen jegliche Geheimdiplomatie in den Chefetagen ab. Sie geben sich nicht zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Unternehmern her, wie es das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz befiehlt, sondern stützen sich in ihrer gesamten Arbeit auf die Kollegen und beraten alle Schritte des Kampfes mit ihnen.

Im Kampf für dieses Aktionsprogramm und auf der Grundlage betrieblicher Kampfprogramme ruft die RGO alle Arbeiter und Angestellten in ihre Reihen, die den unversöhnlichen Kampf gegen die Kapitalisten, gegen den reaktionären DGB-Apparat und gegen alle Handlanger der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung für die Durchsetzung dieses Programms führen wollen.

Soeben erschienen:

Was will die Revolutionäre Gewerkschafts Opposition ?

DM 0,50

zu bestellen bei:
GEWISO-Buchvertrieb, 2000 Hamburg 50, Postfach 500568

Soeben ist im Verlag Roter Morgen die Broschüre erschienen: „Was will die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition?" Die Broschüre, die 50 Seiten umfaßt und für 50 Pfennig zu haben ist, erklärt in leicht verständlicher Form, warum der Aufbau der RGO für die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik und Westberlin eine dringende Notwendigkeit ist. Sie erläutert den Kerngedanken der RGO: die Schmiedung der Einheitsfront der Arbeiter gegen die Kapitalisten und die kapitalistische Ausbeutung, gegen den DGB-Apparat und alle anderen Verräter in den eigenen Reihen. Die Broschüre legt auch das Aktionsprogramm der RGO dar. So bildet sie einen wichtigen Hebel, um klassenbewußte und revolutionäre Kollegen für den Gedanken der RGO zu gewinnen und sie zur Mitarbeit an ihrem Aufbau zu mobilisieren.

Die Broschüre geht aus von der Feststellung, daß für die Kapitalisten, für den DGB-Apparat, für die sozialdemokratischen Bonzen wie auch für die Arbeiterverräter der DKP/SEW-Führung die RGO längst zum roten Tuch geworden ist. Dabei ist die organisatorische Stärke der RGO heute noch gering. Warum dann die wilde Hetze des Klassenfeindes, warum seine Versuche, durch Gewerkschaftsausschlüsse und politische Entlassungen die RGO schon in ihren Anfängen zu zerschlagen? Dazu stellt die Broschüre fest: „Was die Bourgeoisie alarmiert, (...) ist die Tatsache, daß Programm, Ziele und Forderungen der RGO das ausdrücken, was heute bereits ein großer Teil der Arbeiter und kleinen Angestellten denkt und fühlt."

Trotz der pseudoradikalen Töne, die der DGB-Apparat oft anschlägt, ist und bleibt er ein Werkzeug des Monopolkapitals. Aber noch verfügt der DGB-Apparat über großen Einfluß. Trotz der unzähligen Handlungen des Verrats, die er im Interesse der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse durchgeführt hat, herrscht innerhalb der Arbeiterklasse noch keine ausreichende Klarheit über seinen vollständig reaktionären Charakter. Viele Kollegen haben noch bestimmte Illusionen über den DGB-Apparat und hoffen noch, den Apparat auf die proletarischen Klassenpositionen bringen zu können. Ein Teil der Arbeiterklasse hegt auch noch Illusionen über den Charakter des kapitalistischen Systems.

Das alles ist Ausdruck der Tatsache, daß es der Bourgeoisie mit Hilfe des DGB-Apparats, der Sozialdemokratie und der DKP/SEW teilweise gelungen ist, der Arbeiterklasse die klare Orientierung und Perspektive des Kampfes zu nehmen und ihre Reihen zu spalten. Die Gründung neuer, revolutionärer Gewerkschaften setzt darum voraus, daß im Kampf gegen die Kapitalisten und den reaktionären DGB-Apparat sowie gegen alle Agenturen der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse geschmiedet wird. Diese Voraussetzung ist noch nicht verwirklicht.

Deshalb ist in dieser Situation der Aufbau der RGO für die klassenbewußten Arbeiter die revolutionäre Alternative zum reaktionären DGB-Apparat und der von ihm betriebenen Politik des Klassenverrats, der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten und der kapitalistischen Staatsmacht. Im Kampf für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik arbeitet die RGO innerhalb der bestehenden DGB-Gewerkschaften für den revolutionären Zusammenschluß der Gewerkschaftsmitglieder gegen den reaktionären Apparat, und in den Betrieben für die Entfaltung und Organisierung der Kämpfe.

Auf dieser Seite drucken wir aus der Broschüre Auszüge ab.

Im Kampf gegen Kurzarbeit, Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit stellt die RGO folgende Forderungen auf:

- **Für die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze! Keiner einzigen Entlassung darf zugestimmt werden!**
- **Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit!**
- **Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!**
- **Weg mit der Sperrfrist!**
- **Weg mit den Zumutbarkeits- und Verfügbarkeitsbestimmungen!**
- **Anerkennung aller arbeitssuchenden Erwerbslosen als zum Bezug von Arbeitslosengeld berechtigte Arbeitslose!**
- **Weg mit der Stufenausbildung!**
- **Existenzlohn für Lehrlinge!**
- **Weg mit dem reaktionären Ausländergesetz!**
- **Für das Recht der ausländischen Kollegen auf die sofortige Einbürgerung mit allen politischen Rechten, ohne Verpflichtung, die bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben zu müssen!**
- **Für das uneingeschränkte Recht der ausländischen Kollegen auf Wahrung und Pflege ihrer Nationalkultur!**

Um die Kampfbedingungen des Proletariats zu verbessern, **hält die RGO es für notwendig, für revolutionäre Betriebsräte, Vertrauensleute und Jugendvertreter zu kämpfen.** Diese Funktionen sind zwar durch reaktio-

Der Aufbau der RGO

Die RGO strebt die Schaffung einer einheitlichen, festgefügten und zentralisierten Organisation für ganz Westdeutschland und Westberlin an, um der konzentrierten Macht des Kapitals und der straffen, zentralisierten Organisation der Kapitalisten in den Unternehmerverbänden begegnen zu können. Eine solche notwendige Organisation der RGO existiert gegenwärtig noch nicht. Der erste Schritt dazu ist die Schaffung eines soliden Fundaments: in den Betrieben, in den Kreisverbänden und Ortsgruppen der DGB-Gewerkschaften müssen zahlreiche Gruppen der RGO auf der Grundlage des Aktionsprogramms und betrieblicher Kampfprogramme gebildet werden.

Dabei wendet sich die RGO keineswegs nur an die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften. Selbstverständlich ist sie stolz darauf, jene klassenkämpferischen Kollegen zu ihren Mitgliedern zu zählen, die wegen ihres Kampfes gegen den arbeiterfeindlichen DGB-Apparat aus den DGB-Gewerkschaften ausgeschlossen wurden.

Darüber hinaus bekämpft die RGO grundsätzlich die vom DGB-Apparat betriebene Spaltung der Arbeiterklasse in organisierte und unorganisierte Kollegen. Zwar ist es an sich ein Gebot der proletarischen Klassensolidarität, Gewerkschaftsmitglied zu sein. Angesichts des vollständig arbeiterfeindlichen und reaktionären Charakters des DGB-Apparats, angesichts des ungeheuren Verrats, den er an den Klasseninteressen des Proletariats geübt hat und weiter übt, erscheint diese Frage aber in einem ganz anderen Licht. Die RGO hat volles Verständnis für alle Kollegen, die dem DGB-Apparat empört den Rücken gekehrt haben und aus den DGB-Gewerkschaften ausgetreten sind oder aus Abscheu vor den Arbeiterverrätern nicht Mitglied der DGB-Gewerkschaften sein wollen. Sie ruft diese Kollegen auf, sich in den Reihen der RGO zu organisieren.

Reih Dich ein in die Arbeitereinheitsfront, weil du auch ein Arbeiter bist!

So heißt es in einem bekannten deutschen Arbeiterlied. Und dieses Motto soll auch am Schluß der kleinen Broschüre über Ziele und Aufgaben der RGO stehen. **Denn die Schmiedung der Einheitsfront der Arbeiter gegen die Kapitalisten und die kapitalistische Ausbeutung, gegen den DGB-Apparat und alle anderen Verräter in den eigenen Reihen — das ist der Kerngedanke der RGO.**

„Spalter, Gewerkschaftsfeinde", hetzen die DGB-Bonzen, die DKP-Revisionisten und alle anderen Handlanger der Kapitalisten. Wir antworten ihnen: **Ihr seid die größten Spalter, die schlimmsten Feinde des gewerkschaftlichen Kampfes und der Einheit der Arbeiterklasse, weil ihr mit den Kapitalisten gemeinsame Sache macht. Die Einheit der Arbeiterklasse kann es nur auf dem Boden der Klasseninteressen des Proletariats geben. Diesen Boden habt ihr längst verlassen. Ihr vertretet die Interessen der Bourgeoisie, und darum kann die Einheit der Arbeiterklasse nur im schonungslosen Kampf gegen euch hergestellt werden. Jawohl, wir wollen die Spaltung. Nämlich die Spaltung von euch berufsmäßigen Spaltern, weil das der einzige Weg ist, auf dem die Arbeiterklasse zur Einheit kommen kann.**

Die Notwendigkeit dieser revolutionären Einheit fühlen und erkennen immer mehr Arbeiter und kleine Angestellte. Und immer mehr erkennen die Notwendigkeit einer Organisation, die diese proletarische Einheitsfront im täglichen Klassenkampf gegen die Kapitalisten schmiedet. Diese Organisation ist die RGO.

Vereinigen wir uns im revolutionären Klassenkampf!

Vorwärts beim Aufbau der RGO!

Revisionistisches

„... BESSER ALS JEDER STAATSANWALT"

Ein Genosse aus Göttingen schickte uns folgenden Bericht, der zeigt, wie die DKP ihr fortschrittliches Mäntelchen, mit dem sie ihre reaktionäre Politik zu tarnen versucht, manchmal fallen läßt.

„Auf einer Universitäts-Vollversammlung, die einberufen wurde, um Kampfmaßnahmen gegen die Suspendierung des Göttinger AStA zu beraten, traten auch zwei Vertreter der Studentenorganisation der DKP auf.

Hatte bereits wenige Tage zuvor der DKP-Stadtrat Neubauer in einer Göttinger Zeitung verbreitet, man müsse „mit der ganzen Härte des Rechtsstaates" gegen die Terroristen und ihre Sympathisanten vorgehen, so gingen die Studentenvertreter dieser durch und durch reaktionären Partei noch einen Schritt weiter. Sie forderten, daß man an der Göttinger Universität tatkräftig (was sie darunter verstehen, haben sie nur allzu oft mit Vierkanthölzern und Totschlägern bewiesen) gegen alle revolutionären Kräfte vorgehen müsse, die sich ihrer Anbiederungspolitik an den bürgerlichen Staatsapparat widersetzen.

Mit hochtrabenden Worten versuchten sie den Studenten einzureden, daß sie, die DKP, die wahren und einzigen Vertreter der Arbeiterklasse seien, während die revolutionären Kräfte an der Universität mit dem Terrorismus liebäugeln würden.

Wenn diese feinen Herren nun aber gedacht hatten, mit dieser reaktionären Rede bei den fortschrittlichen Studenten auf Zustimmung zu stoßen, so hatten sie sich gründlich verrechnet. Waren anfangs nur Zwischenrufe wie: „Dein Ministersessel steht doch schon im Möbelwagen" und „Du vertrittst den Staat besser als jeder Staatsanwalt", so schwoll im weiteren Verlauf des Geschreis dieses Verräters die Empörung unter den Studenten immer weiter an und machte sich in Sprechchören „Aufhören, aufhören!" Luft, die den DKP-Studenten schließlich zwangen, abzubrechen.

Eine anschließende Abstimmung ergab, daß die überwältigende Mehrheit der Anwesenden nicht gewillt war, sich dies reaktionäre Zeug anzuhören. Ein weiteres Zeichen dafür, daß die DKP an der Göttinger Uni keinen Fuß mehr an Land kriegt!"

Ist nun das widerwärtige Geschrei der Göttinger DKP-Revisionisten nach härterem Durchgreifen der kapitalistischen Staatsgewalt gegen „den Terrorismus" ein Einzelfall? Keineswegs!

So verbreitete die DKP ein überregionales Flugblatt mit der Überschrift: „Der Terrorismus — unser aller Feind". Darin wird nicht nur der Kölner Anschlag in widerlicher Anbiederung an die Bourgeoisie als „abscheulicher Akt" bejammert. Da stimmen die DKP-Führer auch ohne Scheu in den faschistischen Ruf nach dem „starken Staat" ein: „Wir erwarten mit den Menschen unseres Landes, daß die zuständigen Behörden — ohne zusätzliche Steuermittel und ohne Einschränkung demokratischer Rechte — diesem Terrorismus ein Ende setzten."

„... ohne zusätzliche Steuermittel". Ja — auch hier versäumen es die DKP-Führer halt nicht, die soziale Seite zu betonen. Allerdings muß zugegeben werden, daß seitens der Bonner Parteien in punkto kostensparender Methoden der Terroristenbekämpfung schon wesentlich konkretere Vorschläge gemacht wurden. Da ist nicht nur der Plan, die Zwangsernährung abzuschaffen, die doch laut Bildzeitung „Millionen an Steuergeldern verschlingt". Da ist auch der bekannte Vorschlag eines CSU-Politikers, alle halbe Stunde einen Baader-Meinhoff-Häftling erschießen zu lassen, solange bis die Entführer ihre Geisel freigegeben haben.

Bilanz des Reforger-Manövers

Tote und Verwüstungen

Fortsetzung von Seite 1

so. In Grönenbach erzählte uns eine Bäuerin, daß US-Panzer ein Maisfeld beschädigten. Als der Bauer kam und sich beschwerte, sind sie wieder aufgesessen und haben das ganze Feld rücksichtslos und mutwillig niedergemacht."

Über die Entschädigung, die sie erhalten sollen, machen sich die Bauern, mit denen wir sprechen, keine Illusionen. „Mit was sollen die Bauern denn ihr Vieh füttern?". Eine andere Bäuerin sagt: „Geld frißt das Vieh nicht." Die Entschädigungen decken bei weitem nicht den Preis für gekauftes Futter und schon gar nicht



Ein US-Tankwagen mit 12.500 Liter Benzin rammte in Unlingen ein Haus. Es kam zu einem verheerenden Feuer. Häuser brannten aus...

den für die geleistete Arbeit. Und so gibt es auch viele weitere Fälle. Ein Bauer hatte am Tag seine Kartoffeln herausgeholt, aber noch nicht eingefahren. Panzer zerstörten den größten Teil der Ernte tags darauf. Eine Bäuerin berichtet: „Uns haben sie eine frisch eingesäte Wiese kaputtgemacht. Die Wiese muß bis August eingesät werden. Jetzt ist Ende September. Da kann ich jetzt nichts mehr machen." Die Bauern sagen, daß die verwüsteten Felder bis zu zehn Jahren keinen Ertrag mehr bringen werden. Als wir fragen, wie sie an die Entschädigungsgelder herankommen, erfahren wir, daß man das erst einmal anmelden muß. „Da sitzt man noch einmal stundenlang auf dem Rathaus und was man dann schließlich kriegt, ersetzt den Schaden bei weitem nicht."

Doch es sind nicht nur die Felder der Bauern, die für Jahre verwüstet sind. Es sind auch die Naherholungs- und Ausflugsgebiete der Bevölkerung. Im Bereich Sindelfingen wird die Mahdentalwiese, das einzige, auf jeder Karte eingezeichnete Naturschutzgebiet in dieser Gegend, von Panzern niedergewalzt. Seltene Pflanzen, die nur hier wachsen, sind unwiderbringlich zerstört. Auch der Federsee, der im sumpfigen Naturschutzgebiet liegt, wird von Panzern und schweren Lastwagen heimgesucht. Nacheinander versinken sie im

Von Panzern zerwühlte Felder. So sahen die Felder vieler Bauern im Manövergebiet aus.

Moor. Bergungsfahrzeuge vergrößern die Zerstörung. Die Bilanz: Die Wasserleitung für den Ort Seekirch ist zerstört. Die Straße dort muß für Tage gesperrt werden. Die Tübinger Stelle für Naturschutz stellt fest, daß hier irreparable Schäden angerichtet wurden. Und der Gipfel der Dreistigkeit: Die Schilder, die auf das Naturschutzgebiet hinweisen, sind mit scharfer Munition durchschossen. Man muß sich das einmal vor Augen halten. Jeder Wanderer, der hier Papier wegwirft, unerlaubt geschützte Pflanzen sammelt, wird angezeigt und mit einer Buße belegt. Aber die völlige Zerstörung ganzer Gebiete wird nicht geahndet. Im Gegenteil. Dies geschieht ja von staatswegen und die Manöverleitung erlaubt sich den zynischen Kommentar, "daß normalhin die scharfe Munition ja überwacht werde und im übrigen man in der Manöverkritik alles noch einmal untersuchen werde."

Doch dies ist nur Augenwischerei wie alle diesbezüglichen Reaktionen der Parteien und Politiker auch, die jetzt, als das Ausmaß der Zerstörung und die Empörung in der Bevölkerung immer größer werden, Hilfsprogramme, Entschädigungen usw. fordern, um den Unmut in ungefährliche Bahnen zu lenken. Dabei zeigen diese Herren ihr wahres Gesicht in dem Augenblick, da wirklich zum Widerstand gegen den Manöverterror und zum Zusammenschluß der Werktätigen aufgerufen wird, nämlich bei den Aktionen, die die Partei dagegen



...Zäune, Bäume, Vorgärten usw. wurden zerstört.

unternommen hat. Da wird in Reutlingen eine Hausdurchsuchung durchgeführt, um das Material aufzuspüren, mit dem eine antimilitaristische Parole gemalt wurde. Sie haben nichts gefunden. Aber man kann sich vorstellen, was gekommen wäre, wenn sie Erfolg gehabt hätten: eine gesalzene Rechnung wegen Sachbeschädigung und ein Strafverfahren dazu.

Hier sieht man doch die ganze Heuchelei, die verlogenen Krokodilstränen der staatlichen Stellen. Eine Parole, die an einem Bretterzaun am Albaufstieg, wo alle Militärfahrzeuge vorbeifahren, angebracht wird, ist nach einem halben Tag überpinselt. Ja, da ist man schnell und unbürokratisch. Und noch tagelang überwachen Polizisten diese Stelle. Und als schließlich Genossen der Partei in dem oben schon erwähnten Ort Unlingen, wo der brennende Tanklastzug große Schäden verursachte, Flugblätter verteilen, kommt der Bürgermeister dieses Ortes, nimmt einen Genossen ohne jede Rechtsgrundlage fest und beschlagnahmt die Flugblätter. Nach einigen Telephonaten mit den übergeordneten Stellen rückt er endlich mit der Begründung heraus: „Es besteht der Verdacht, daß diese Flugblätter dazu geeignet seien, die Bevölkerung noch mehr zu beunruhigen." Unfreiwillig plaudert dieser kleine Vertreter der Staatsgewalt die wahren Sorgen seinesgleichen aus. Nicht die Verwüstungen, nicht die unermeßlichen Schäden, nicht Tote und Verletzte bekümmern diese Herren in Wahrheit, sondern die Unruhe in der Bevölkerung und unsere Partei, die den Widerstand anspornt und immer wieder klar und deutlich ausspricht, was auch viele Werktätige denken: Diese NATO-Truppen sind Feinde der Werktätigen. Sie üben nicht zur Verteidigung unserer Interessen, sondern zur Durchsetzung der Interessen der Herrschenden — gegen uns und die Völker anderer Länder.

Die Unruhe in der Bevölkerung säen die NATO-Befehlshaber selbst unaufhörlich, und wir haben es in diesen Tagen oft genug erlebt. Wir haben es auch in den Gesprächen mit den Soldaten erfahren, die übermüdet und durchfroren diesem Drill ausgesetzt sind. Es sind ja nicht die einfachen Soldaten, die das Eigentum und das Leben der Werktätigen bedrohen und zerstören wollen. Nein, vielmehr erzählen sie uns, daß sie, so gut es geht, Rücksicht nehmen wollen, daß es aber oft Befehle gibt, die diese Rücksichtnahme einfach nicht zulassen. Ein Soldat erzählt uns, daß am vergangenen Tag ein Funkspruch durchgegeben wurde: „Warnung an alle! Ein Bauer bedroht unsere Truppen mit einer Schrotflinte." Der Soldat fand das völlig gerecht.

Unsere Aktionen und Diskussionen in diesen Manövertagen haben uns deutlich gemacht, wie nützlich und richtig die Arbeit der Partei an dieser Front ist. Sicher, es gab zum Teil heftige Diskussionen, unterschiedliche Meinungen. Aber überall unter den Bauern, unter den Soldaten fanden wir diese Stimmung vor: sich Gedanken zu machen, uns interessiert zuzuhören. Überall fanden wir Keimformen des Widerstandes, eine wachsende Erkenntnis, daß nur wir, die Werktätigen, gegen Manöverterror, ausländische und deutsche Panzer, gegen die Kriegsgefahr etwas ausrichten können. Ein Gastwirt in einem kleinen Dorf, wo wir unser Quartier aufschlugen, mit dem wir uns lange unterhielten, sagte zum Schluß beim Abschied: „Ich bin nicht mit allem einverstanden, was ihr sagt. Ich habe auch meine eigene Meinung. Aber eins muß ich Euch sagen, ihr seid prima, anständige Kerle. Kommt nur mal wieder."

So haben uns diese Aktionen großen Ansporn gegeben, weiterzuarbeiten auf den Tag hin, wo nicht nur ein Bauer mit seiner Schrotflinte die Manöverleitung in Aufregung versetzt, sondern wo viele Bauern zusammengeschlossen mit den Arbeitern, zusammengeschlossen mit den einfachen Soldaten der Bundeswehr den Kampf um den Sturz dieses imperialistischen Staates aufnehmen. An diesem Tag wird die Aufregung der Herrschenden ziemlich groß sein.

Vom Aufbau des Sozialismus

35. JAHRESTAG DER KONFERENZ VON PEZA

Am 16. September 1942 tagte in dem Dorf Peza bei Tirana die erste Antifaschistische Nationale Befreiungskonferenz, die die Grundlage der Antifaschistischen Nationalen Befreiungsfront und der Volksmacht legte. Aus Anlaß des 35. Jahrestages der Gründung der Antifaschistischen Nationalen Befreiungsfront hat am 18. September in Peza eine machtvolle Kundgebung stattgefunden. Radio Tirana berichtet darüber:

Um an dem Fest zum 35. Jahrestag der Konferenz von Peza teilzunehmen, fanden sich in Peza, einem Dorf bei Tirana, Tausende Werktätige aus Arbeits- und Produktionsstätten der Hauptstadt, Genossenschaftsbauern, Veteranen des Kampfes, Angehörige der gefallenen Helden, Patrioten, Jungen und Mädchen sowie Gäste aus anderen Bezirken ein. Die Freude und der Enthusiasmus der Anwesenden erreichte einen Höhepunkt, als der geliebte Führer der PAA und des albanischen Volkes, Genosse Enver Hoxha eintraf. Ebenso waren der Vorsitzende des Ministerrats der Sozialistischen Volksrepublik Albanien Mehmet Shehu und andere Partei und Staatsführer anwesend.

Genosse Enver Hoxha und die anderen Partei- und Staatsführer trafen sich mit Veteranen des Kampfes, Eltern und Angehörigen der gefallenen Helden und mit Genossenschaftsbauern. Dann erwiesen sie auf dem Heldenfriedhof durch Kranzniederlegungen den Gefallenen die Ehre. Genosse Enver Hoxha legte einen Kranz nieder, dessen Band die Inschrift trug: „Ruhm den Helden von Peza! Enver Hoxha." Kränze wurden auch im Namen des ZK der PAA, des Präsidiums der Volksversammlung des Ministerrats, des Generalrats der Demokratischen Front Albaniens, des Nationalen Komitees der Veteranen des Kampfes des albanischen Volkes und anderer Massenorganisationen niedergelegt.

Auf dem Platz vor dem Gedenkstein der Konferenz von Peza fand eine Großkundgebung zum 35. Jahrestag dieses denkwürdigen Ereignisses im Leben des albanischen Volkes statt. Inmitten von Beifall und Hochrufen auf die Partei und Genossen Enver Hoxha ergriff der Sekretär des Zentralkomitees der PAA, Prokop Murra, das Wort.

Er begrüßte die Anwesenden im Namen des ZK der Partei, des Ministerrats und des Generalrates der Demokratischen Front Albaniens. Er sprach über die Bedeutung der historischen Konferenz von Peza, über den großen Kampf, den das albanische Volk gegen die nazifaschistischen Besatzer und die Landesverräter bis zur vollständigen Befreiung des Vaterlandes führte, über die Erfolge und Siege, die in den Jahren des sozialistischen Aufbaus auf allen gesellschaftlichen Gebieten erzielt wurden. All das, betonte der Redner, ist auf die korrekte marxistisch-leninistische Linie der Partei zurückzuführen. All das beruht auf den Riesenanstrengungen der Arbeiterklasse, der Genossenschaftsbauern und aller Werktätigen Albaniens und spiegelt die stählerne Einheit des Volkes mit der Partei und ihrem Zentralkomitee mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze wider.

Genosse Prokop Murra sprach dann über den kompromißlosen Kampf, den unsere Partei gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und Reaktion geführt hat, und betonte, daß das sozialistische Albanien stets als unerschütterliches Bollwerk stand und steht. Es kämpft und schreitet voran, es erhebt seine heroische Fahne, die Fahne des Marxismus-Leninismus immer höher. Der entschlossene Kampf der Partei für die Verteidigung der Reinheit des Marxismus-Leninismus erhöhte das Ansehen und den Namen des sozialistischen Albanien in aller Welt, vermehrte seine Freunde und begeisterte sie, er bewirkte, daß der gemeinsame Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und den Revisionismus jeder Schattierung verstärkt wird.

Zum Abschluß gaben Laien- und Berufskunstgruppen eine Vorstellung mit einem reichen, künstlerischen Programm für die Anwesenden.

Prozess gegen Klaus Singer

Strafe soll verschärft werden, weil er Kommunist ist

„Ich wurde von mehreren Zivilpolizisten angegriffen und brutal zusammengeschlagen: Prellungen am ganzen Körper, blaue Augen, leichte Gehirnerschütterung. Nachdem ich verhaftet und in einen Einsatzwagen gebracht worden war, fing der Hauptschläger an zu hetzen: ‚Wenn ich hier zu sagen hätt', würde ich Panzer auffahren und alles zu Matsch schießen... Schade, daß ich meinen Gummiknüppel nicht dabeihabe, sonst hätte die Zahnklinik heute abend Hochbetrieb... Wenn du fliehen willst, dann schieß ich, aber nicht auf die Beine, sondern gleich auf den Kopf, und dann heißt es hinterher im Protokoll: Auf der Flucht erschossen...' und so ging das noch zehn Minuten weiter.“

Das hier Geschilderte ereignete sich 1972 in München bei der Demonstration zum Roten Antikriegstag, zu der die KPD/ML aufgerufen hatte. Der Betroffene ist der Rüsselsheimes Student Klaus Singer, der an der Demonstration teilgenommen und von mehreren Zivilpolizisten willkürlich herausgegriffen worden war. Er wurde wegen dieses Vorfalls bereits von zwei Gerichten zu einem Jahr Gefängnis mit Bewährung und 1.000 DM Geldstrafe verurteilt sowie einer Ordnungsstrafe von 900 DM.

Jetzt soll in einer weiteren Gerichtsverhandlung am 3. Oktober auch diese Aussetzung der Gefängnisstrafe zur Bewährung noch gestrichen werden. Denn, so der Oberste Bayrische Landesgericht in der Entscheidung des Gerichts, das die Strafe zur Bewährung ausgesetzt hatte: „Es hätte prüfen müssen, ob die Gewährung von Strafaussetzung angesichts der in den letzten Jahren bedrohlich zunehmenden Versuche radikaler Gruppen, ihre Ziele mit Gewalt durchzusetzen, nicht Anlaß zu Mißdeutungen geben und dazu beitragen kann, daß das Vertrauen der Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit der Rechtspflege schwindet... Auch der Nachahmungseffekt für potentielle Täter darf nicht unberücksichtigt bleiben.“ Diese Entscheidung liegt ganz auf der Linie des Plädoyers der Staatsanwaltschaft im letzten Prozeß, die gefordert hatte, Klaus müsse sofort ins Gefängnis, weil er eine „Gefahr für die Rechtsordnung“ bedeute.

Mit anderen Worten: Klaus soll die Aussetzung der Gefängnisstrafe zur Bewährung gestrichen werden, weil sich die Klassenkämpfe in der letzten Jahren verschärft haben und weil sie sich — wie das Oberste Bayrische Landesgericht richtig voraussieht — in Zukunft weiter verschärfen werden, weil die Bourgeoisie — vom Gericht hier demagogisch Bevölkerung getauft — in dieser Situation drakonische Strafen gegen Kommunisten verlangt. Das ist nackter Gesinnungsterror!

Genosse Klaus schreibt uns: „Ich brauche wohl nicht zu sagen, daß ich auch in diesem Prozeß nicht zu Kreuze krieche und den Spieß herumdrehe. Nicht ich, nicht die anderen ins Gefängnis geworfenen Kämpfer des Roten Antikriegstags, sondern die bürgerliche Klassenjustiz, die Imperialisten und ihre Lakaien gehören auf die Anklagebank!“ Unterstützt den Genossen vor Gericht! **Prozeßtermin: Mo., 3. 10. 77, 9.00 Uhr, Justizgebäude Nymphenburger Str., Saal 231 in München.**

Genosse M. Peleikis aus der Haft entlassen



Genosse Martin Peleikis ist wieder frei! Am Freitag, dem 23. 9. 77 wurde er nach 2/3 seiner Gefängnisstrafe von insgesamt sieben Monaten entlassen. Die Genossen feierten diesen Erfolg ihres Kampfes mit einer feierlichen Begrüßung des Genossen im Parteibüro und einer Veranstaltung am Abend desselben Tages.

Polizeiterror in Schlüchtern

Korrespondenz — In der Nacht zum 1. Juli schoß der Polizist Gliem in Schlüchtern (Hessen) auf einen jungen Mann. Der Polizist war nicht im Dienst. Vorausgegangen war eine persönliche Auseinandersetzung in einer Gaststätte, die von Gliem dann auf der Straße blutig fortgesetzt wurde. Die Kugel verfehlte ihr Ziel nur knapp und schlug in das Schaufenster eines Geschäfts ein. Nach dem Schluß schlug Gliem mit dem Pistolenknauf auf den am Boden Liegenden ein und verletzte ihn schwer am Kopf. Außerdem würgte er ihn, und eine Zeugin des Vorfalls hörte Gliem schreien: „Ich bring dich um!“

Jeder denkt nun wohl, daß hier eindeutig ist, wer geschossen hat und die Schuld trägt. Weit gefehlt! Diejenigen Tageszeitungen, die über den Vorfall berichteten, hielten sich an den offiziellen Polizeibericht und behaupteten, daß hier nicht klar sei, von wem die Kugel stamme.

Gegen den Polizisten Gliem sind in den letzten Jahren über 100 Anzeigen und Beschwerden wegen seines brutalen Vorgehens erfolgt; dennoch verrichtete er weiterhin seinen Dienst. Erst vor vier Wochen hatte er zusammen mit dem Polizisten Östreich ohne ersichtlichen Grund mit dem Polizeifahrzeug das Auto eines Mannes gerammt, um ihn zum Anhalten zu zwingen. Als der Fahrer nach dem Grund des Angriffs fragte, wurde er mit Knüppeln zusammengeschlagen und in den Bauch getreten, obwohl einem der Polizisten bekannt war, daß ihm vor 1 1/2 Jahren die Milz entfernt worden war. Auch die Freundin, die den Mann schützen wollte, wurde geschlagen und auf die Straße geworfen. Offensichtlich fühlten sich Gliem und Östreich noch zu schwach, denn sie forderten Verstärkung an. Vor den Augen einer großen Zahl von Besuchern einer nahe gelegenen Kneipe wurde der Mann mit einer MP bedroht und von dem neu hinzugekommenen Polizisten Schmalz in das Dienstfahrzeug geprügelt. Den Überfall versuchten sie damit zu rechtfertigen, daß der Mann volltrunken sei. Die Polizisten hatten den Mann vor dem Überfall gesprochen, als er sein Auto bestieg. Wäre es ihnen tatsächlich um die Sicherheit gegangen, dann hätten sie den angeblich Volltrunkenen erst gar nicht fahren lassen dürfen. Die Blutuntersuchung ergab 0,98 Promille.

Unter der Schlüchterner Bevölkerung, vor allem unter den Jugendlichen, herrschte eine Empörung. Das Flugblatt, das der RM-Leserkreis Schlüchtern daraufhin zu den Vorfällen herausbrachte, stieß auf sehr großes Interesse und viel Zustimmung. So nahm z. B. vor der Berufsschule *jeder* Schüler ein Exemplar, sobald nur gesagt wurde, um was es darin ging. Einige meinten spontan: „Es ist gut, daß dazu was gemacht wird.“ Obwohl das Flugblatt nur in einer relativ geringen Auflage verteilt und gesteckt wurde, war es in Schlüchtern fast jedem bekannt. So passierte es mehrmals, daß Genossen auf der Straße oder in der Kneipe auf das Flugblatt aufmerksam gemacht wurden. Über eine Woche lang wurde in Schlüchtern und Umgebung nahezu überall über den Polizeiterror diskutiert.

Deshalb mußte der Polizist Gliem, der auf den jungen Mann geschossen hatte, auch einige Zeit in Urlaub fahren und wird jetzt nach unseren Informationen nur noch im Innendienst eingesetzt, um Gras über die Sache wachsen zu lassen. Das wird aber nicht geschehen.

Zweierlei Recht

Korrespondenz — Kürzlich kam ich an einer Unfallstelle in einem Bochumer Arbeiterviertel vorbei. Ein Jugendlicher war auf seinem Mofa von einem Auto angefahren worden und lag verletzt am Boden, ringsum standen empörte Anwohner und Jugendliche, Freunde des Mofafahrers: Die Polizei war schon längst eingetroffen, von einem Krankenwagen war nichts zu sehen. Und den Polizisten fiel nichts besseres ein, als von dem sich am Boden vor Schmerzen krümmenden Jugendlichen die Personalien zu verlangen — auf die Idee, erste Hilfe zu leisten, kamen sie nicht. Bald merkte ich aber, daß das nicht der hauptsächliche Grund für die Empörung der Umstehenden war. Der Autofahrer war nämlich ein Polizist in seinem Privatwagen, und zwar der in diesem Viertel berüchtigte Hajo Prinz, der dem Mofafahrer und seinem Bruder schon angedroht hatte: „Jede Woche werde ich euch Schwierigkeiten machen.“ Direkt nach dem Unfall war er aus dem Auto gesprungen, hatte den am Boden liegenden Verletzten mit Tritten traktiert und dabei geschrien: „Ich schlag dich kaputt, du Schwein.“ (Wie die Jugendlichen erzählten, eifert Hajo in seinem ganzen Verhalten einem Kollegen nach, der im selben Viertel auf rücksichtslose Weise ein Kind angefahren hat.)

Als endlich der Krankenwagen eintraf, fiel den Polizisten natürlich als erstes ein, daß man bei dem Verletzten nur ja nicht die Blutprobe vergessen dürfe. Zufällig hörte ich, wie sie sich leise unterhielten: „Aber dann müßten wir ja von Hajo eigentlich auch eine Blutprobe...“ Aber daraus wurde natürlich nichts. Überhaupt war es ja jetzt ihre Hauptaufgabe, die ganze Sache so gut wie möglich zu vertuschen. Ihr Kollege Hajo wurde in den Streifenwagen gebeten und durfte dort unkontrolliert seine Personalien und ein Kurzprotokoll aufschreiben. Anschließend durfte er sich wieder ans Steuer seines Autos setzen und mit seiner „Perle“ davonfahren. Als ein Anwohner einen Polizisten fragte, ob er denn die Fahne seines Herrn Kollegen nicht gerochen habe und ob er keine Blutprobe nehmen wolle, meinte dieser, eine Fahne habe er „nicht mit Sicherheit“ feststellen können. Anscheinend hatte er auch die für jeden sichtbaren acht leeren Bierflaschen auf dem Rücksitz seines Kollegen „nicht mit Sicherheit“ wahrnehmen können; denn wenn es darum geht, sich gegenseitig zu decken, sind Polizisten ja auf beiden Augen blind.

Der Jugendliche, der auf dem Rücksitz des Mofas gesessen hatte, wurde dagegen gepackt und ins Polizeiauto gestoßen. Als er seinen Personalausweis nicht dabei hatte, bekam er gleich noch einen Stoß und es hieß: mit zur Hauptwache Ost. Die Empörung der Jugendlichen steigerte sich noch, als sie das hörten (die Wache Ost in Bochum-Langendreer ist nämlich berüchtigt, weil dort die Polizisten Festgenommene schon häufig brutal zusammengeschlagen haben). Sofort drängten sich die Jugendlichen um den Polizeiwagen: „Da lassen wir dich nicht allein hinfahren, wir kommen mit.“ Daraufhin begannen die Polizisten zu rempeln und den Jugendlichen zu drohen. Inzwischen suchten die Umstehenden noch weitere Augenzeugen des Unfalls. Ein Anwohner hatte zwar alles gesehen und gehört, wollte sich aber nicht als Zeuge zur Verfügung stellen. Nicht etwa, weil er zu den Polizisten hielt, sondern weil er meinte, daß die Polizisten vor Gericht sowieso immer Recht bekommen. Schließlich fand sich ein weiterer Zeuge in einer benachbarten Gaststätte. Als dieser sich jedoch bei den Polizisten meldete, war ihnen das sichtlich unangenehm und sie wimmelten ihn ab. Wenn er darauf bestehe, eine Aussage zu machen, solle er sich am nächsten Tag bei der Wache in Langendreer melden (die einige Kilometer vom Unfallort entfernt liegt) und dort seine Personalien angeben. Sie hätten schon alles abgeschlossen und könnten nichts mehr notieren. Weil es für die Polizisten natürlich schon feststand, daß der Jugendliche und nicht ihr Kollege die Schuld am Unfall habe und also auch die Kosten zu tragen haben wird, ließen sie zu allem Überfluß noch einen großen Abschleppwagen für das Mofa kommen.

Doch damit war der Polizeiterror an diesem Abend noch immer nicht beendet. Als einige Jugendliche ihrem Freund mit Mofas zur Wache folgten, wurden ein weiterer Polizeiwagen auf den Hals gehetzt, der zwei weitere Jugendliche mit auf die Wache nahm, wo sie unter Tritten dazu gezwungen wurden, ins Röhrchen zu pusten.

Der Haß und die Geschlossenheit dieser Jugendlichen gegen die Polizei wurde durch diesen Vorfall noch bestärkt. Vor allen Dingen war ihnen klar, daß sie von diesem Staat und seinen Gesetzen keine „Gerechtigkeit“ zu erwarten haben. Viele von ihnen haben nicht nur die Unterdrückung, sondern auch das Elend der Arbeiterklasse im Kapitalismus zur Genüge kennengelernt. Sie sind z. T. arbeitslos, der bei dem Unfall verletzte Jugendliche beispielsweise muß für 1 DM Stundenlohn auf dem Friedhof arbeiten, um seine Sozialhilfe nicht zu verlieren.

8 Monate Gefängnis für KKW-Gegner

Polizeiterror beim Prozess in Itzehoe

Am 20. September wurde der 33jährige KKW-Gegner Hanjo S. aus Bremen vom Amtsgericht in Itzehoe wegen angeblichen Verstoßes gegen das Waffengesetz während der Brokdorf-Demonstration im vergangenen November zu acht Monaten Gefängnis mit drei Jahren Bewährung und zu einer Geldstrafe von 1.500 DM verurteilt. Obwohl sich im Verlauf der Verhandlung herausgestellt hatte, daß der Vorwurf des Staatsanwalts, Hajo habe eine Benzinflasche mit zur Demonstration gebracht, unhaltbar war, die einzige „Waffe“, die er bei sich hatte, ein Bolzenschneider war und die meisten Zuschauer deshalb mit einem Freispruch rechneten, fällte das Gericht dieses Terrorurteil.

Während des Prozesses waren alle Kundgebungen vor dem Gericht und in der Innenstadt verboten worden. Wo man ging und stand, Polizei, drückende faschistische Atmosphäre.



Schwerbewaffnete Polizei vor dem Gerichtsgebäude in Itzehoe.

Der folgende Bericht einer 60jährigen Zuschauerin an den „Roten Morgen“ beweist deutlich, gegen wen die sogenannten „Maßnahmen zur Terroristenbekämpfung“ in Wirklichkeit gerichtet sind, gegen wen der Bonner Staat aufrüstet: gegen jeden von uns, gegen das ganze werktätige Volk.

„Als ältere Frau erlebte ich zum ersten Mal in meinem Leben eine Gerichtsverhandlung. Schon mein erster Eindruck war so schockierend, daß ich am liebsten kehrt gemacht hätte. Die Straße zum Gericht war mit Eisengittern versperrt, hinter dem Gitter Polizei, vor jedem Eingang des Gebäudes größere Gruppen von bewaffneten Polizisten, dazwischen liefen aufgeregte Beamte mit Handsprechfunkgeräten hin und her. Man hatte das Gefühl, es sollte ein Prozeß gegen einen Schwerstverbrecher stattfinden.

Von den etwa 50 Menschen, die sich vor dem Absperrgitter sammelten, sollten 30 als Zuschauer Einlaß finden. Tatsächlich wurden nur 10 durch die Sperre durchgelassen. Diese 10, darunter auch ich, wurden nun mehrmals von einem schwerbewachten Eingang zum anderen geschickt, bis man uns „Einlaßkarten“ aushändigte. Als man uns endlich in das Gebäude ließ, waren der Eingang und die Treppe so voll mit Polizisten, daß wir uns regelrecht durchschlängeln mußten. Beim Pförtner mußten wir unsere Personalausweise abgeben, auch Proviantaschen, und wir wurden körperlich durchsucht. Ein Blumenstrauß für den Angeklagten wurde untersucht und ein älterer Mann mußte sogar seinen Hut abnehmen. Wir fanden das unerhört und waren schockiert.

Im Gebäude selbst Polizisten und nochmals Polizisten, es war das reinste Spießrutenlaufen. Von allen Seiten wurden wir argwöhnisch und hämisch beobachtet. Selbst auf dem Gang zur Toilette wurden wir nochmal extra kontrolliert. In den Prozeßpausen scharwenzelten Spitzel um uns herum und versuchten jedes Wort aufzufangen, das wir redeten. Im Sitzungssaal waren alle Plätze, bis auf die erste Reihe, besetzt, wie sich nach und nach herausstellte mit Polizisten in Zivil. Ich habe mir ausgerechnet, daß auf jeden von uns 10 Zuschauern mindestens 12 Polizisten kamen. Dazu kamen noch vier Mannschaftswagen voll Polizei auf dem Gerichtshof. Es war ein Polizeiaufgebot, wie ich es bisher nur im Fernsehen bei Terroristenprozessen gesehen habe. Dies alles und dazu die empörende, arrogante Art, wie der Richter die Verhandlung führte, zeigte mir, daß hier das Urteil schon vor dem Prozeß feststand. Bisher hätte ich so etwas nicht für möglich gehalten. Aber in diesem Prozeß habe ich mit eigenen Augen gesehen, daß es stimmt, was die ausländischen Zeitungen schreiben, daß Deutschland wieder auf dem Weg zum Polizeistaat ist.“

Korrespondenzen

Redaktion
„Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

Eine üble Provokation

Vor einigen Tagen besuchte ich auf dem „Dürkheimer Wurstmarkt", dem größten Weinfest der Welt (laut Veranstalter), das Festzelt G. Weinreb. Es wurde darin von einer bayerischen Trachtenkapelle ein Unterhaltungsprogramm geboten. Als besonderen „Jux" hatten sich die Veranstalter ausgedacht, einen als Hitler verkleideten Schauspieler auftreten zu lassen. Dieser wurde vom Kapellmeister als „alter Freund" vorgestellt und dirigierte dann den alten Militaristenmarsch „Alte Kameraden", wobei einige Mitglieder der Kapelle „aus Spaß" sich einen Stahlhelm aufsetzten. Eine ganze Reihe von Besuchern brachten durch Pfiffe und Buhrufe allerdings zum Ausdruck, daß sie für solche „Späße" nichts übrig haben.

Rot Front!

Ein Genosse aus Mannheim

„Das spielt ja keine Rolle, wenn das Sozialamt mitbezahlt"

Liebe Genossen!

Im Oktober 76 bezog eine ältere Genossin eine neue Wohnung. Es war noch kein halbes Jahr vergangen, als jemand von der Hausverwaltung des Kieler Haus- und Grundeigentümervereins GmbH kam, um die Wohnung zu besichtigen.

Im Mai folgte ein Brief, in dem es heißt: „Wir müssen Sie nochmals auffordern, die erforderlichen Renovierungen in Ihrer Wohnung durchführen zu lassen. Sollten die erforderlichen Arbeiten bis zum 10. 6. 77 nicht durchgeführt sein, so sehen wir uns gezwungen, weitere Maßnahmen gegen Sie zu ergreifen." Obwohl überall Schäden am Haus sind, bedrängten die Herren weiterhin nur die Genossin, aber niemand anderen im Haus. Bei ihrem letzten Besuch ließen sie die Katze aus dem Sack. Sie hatten erfahren, daß es sich bei ihr um eine Sozialhilfeempfängerin handelt. Nun versuchten sie die Genossin zur Renovierung zu erpressen — obwohl das laut Mietvertrag nur alle zwei bis fünf Jahre fällig ist — weil sie meinten, das würde ja vom Sozialamt bezahlt. Gleichzeitig sollte sie auch die Fenster erneuern lassen (das ist gar nicht Sache der Mieter) „Das spielt ja keine Rolle, wenn das Sozialamt das mitbezahlt." Wir sollen ihnen auch noch dabei behilflich sein, sich an unseren Steuergeldern noch mehr zu bereichern. Die Genossin war sehr empört.

Verhöre, Drohungen und Schikanen

Ich bin wehrpflichtiger Soldat und im Ruhrgebiet stationiert. Vor einiger Zeit bin ich zusammen mit einem anderen Kameraden strafversetzt worden. Warum?

Der Widerstand gegen die reaktionären Uffze und Offze bei uns nahm ständig zu und wurde zum Teil schon organisiert geübt. Mein Kollege und ich waren als „Rote" bekannt. Vor allen Dingen mich, der ich schon in der Grundausbildung als Kommunist aufgetreten war, versuchte man fertig zu machen. Die übelsten Methoden der Schikanierung wandte man an, um mich kleinzukriegen. Nicht einmal wurde ich „disziplinar behandelt", sondern zigmal. Ein Grund für diese Strafen wie verschärfte Ausgangssperre über mehrere Wochen oder Arreststrafe von acht Tagen fand sich immer.

Auf diese Weise versuchte man mich zum kriminellen Außenseiter zu stempeln. Aber dieser Versuch schlug fehl, ja wurde zu einem regelrechten Bumerang für die Bundeswehr-Reaktionäre.

Je mehr Druck ausgeübt wurde, desto mehr schlossen sich andere Soldaten mit uns zusammen. Resultat: „Roter Morgen"-Verkauf in der Kaserne. Antimilitaristische Flugblätter, Kleber der KPD/ML, „Rote Garde"-Zeitungen tauchten überall in der Kaserne auf.

Bald darauf trat auch der MAD in Erscheinung. Bei einem Verhör erzählten sie zunächst, was sie über mich zu wissen glaubten. Dann versuchten sie mich zu provozieren, indem sie gegen den Genossen Ernst Aust und gegen die Klassiker des Marxismus-Leninismus hetzten. Weil sie auf diese Weise mein Schweigen nicht brechen konnten, beschimpften sie schließlich sogar noch meine Frau: „Was muß das für eine sein, die sich mit einem wie Sie einläßt?" Zuletzt drohten sie mir dann noch damit, daß sie mich bereits seit geraumer Zeit hätten beschatten lassen...

Ein paar Tage später mußte ich dann meine Sachen packen und wurde in eine andere Abteilung versetzt.

Aber damit war die schmutzige Spitzeltätigkeit des MAD noch nicht beendet. Zunächst luden sie einen Kollegen von mir vor, der öfter bei mir zu Hause gewesen war, — für den MAD Anlaß genug, in ihm ebenfalls einen „Sympathisanten" zu vermuten. Als der Kollege dann die „typischen linksextremistischen Zeichen", wie gelangweiltes und desinteressiertes Zuhören beim Verhör zeigte, wußte der MAD vollends Bescheid: Auch er bekam eine Fahrkarte für eine andere Einheit weit weg vom Schuß. War aber auf diese Weise der ersehnte Frieden in der Kaserne wiederhergestellt? Mitnichten! Flugblätter zu den beiden Versetzungen, überschrieben mit „Rote Garde" tauchten überall in der Kaserne auf und fanden großes Interesse bei den Soldaten.

Die Soldaten mußten dann auch feststellen, daß sich der Terror der Bundeswehr keineswegs nur gegen solche Soldaten richtet, die als „rot" bekannt sind. Nachdem wir schon längst von dort versetzt waren, wurden sämtliche Personen, die entweder mit mir oder mit meinen Kollegen auf irgendeine Weise in Berührung gekommen waren, aufgegriffen und Verhören übelster Machart unterzogen. Bei einem Zeitsoldaten etwa, mit dem ich befreundet war, der aber keineswegs ein Kommunist oder ein Sympathisant der Partei ist, ging die Bundeswehr folgendermaßen vor: Man erklärte ihm, er solle doch zugeben, daß er mit den Flugblättern zu tun habe, daß er mich unterstützen würde, man habe ihn doch schon mit seinem Wagen bei mir zu Hause gesehen. Schließlich drohten sie dem Soldaten sogar mit einer Versetzung in den Bayrischen Wald, wenn er nicht reden würde; daß, obwohl sie genau wissen, daß er sich erst vor kurzem in Dortmund eine neue Wohnung eingerichtet hat. Der Soldat sagte ihnen trotzdem nicht, was sie hören wollten.

So wie ihm ging es der halben Staffel. Die fieberhafte Tätigkeit des MAD verstärkte sich noch, als erneut eine Zeitung der Roten Garde in der Kaserne erschien. Es folgte Verhör über Verhör. Einschüchterungsversuch über Einschüchterungsversuch. Drohungen und Schikanen. So mancher Soldat, der in der Zeitung von der „Terroristenbekämpfung" der Bourgeoisie gelesen hat, wird sich angesichts dieser Zustände gefragt haben: Wer terrorisiert hier wen? Es ist unsere Aufgabe, den Kampf gegen diesen Terror zu organisieren, die Soldaten zusammenzuschließen im Kampf gegen die bürgerliche Diktatur, die die Werktätigen in der Bundeswehr in besonderer Schärfe zu spüren bekommen.

Rotfront! Ein Genosse vom Bund

Genosse Gernot Schubert freigesprochen

Als Dr. von Krahn, Vorsitzender Richter am Dortmunder Amtsgericht, am Nachmittag des 20. 9. 77 seine Akten zusammenklappen konnte, atmete er sichtlich auf. Denn die Urteilsbegründung, mit der er soeben — ungewöhnlicher- aber offenbar notwendigerweise — sein Plädoyer zur Ehrenrettung des Herrn Oberstaatsanwalt Höhn in Hagen gehalten hatte, der in diesem Prozeß der Hauptzeuge der Anklage war, bildete nur das unrühmliche Ende eines unrühmlichen Prozesses gegen den Kommunisten Gernot Schubert.

Denn angesichts des Scherbenhaufens, in das der Angeklagte das so sorgsam konstruierte Lügengebäude der Anklage verwandelt hatte, blieb dem Gericht nichts anderes übrig, als ihn freizusprechen. Daß es ihn „mangels Beweisen" freisprach, liegt nicht daran, daß die Beweisaufnahme irgendeinen Zweifel an den Tatsachen gelassen hätte, sondern daran, daß ein deutscher Klassenrichter sich lieber die Zunge abbeißen würde, als zuzugeben, daß ein Kommunist ungerechtfertigt angeklagt werden kann — zumal dann, wenn der Hauptzeuge der Staatsanwaltschaft ein Oberstaatsanwalt ist.

Die Staatsanwaltschaft hatte Genossen Gernot Schubert vorgeworfen, er habe sich in einem früheren Prozeß dem „Abtransport" zur Verbüßung einer Ordnungsstrafe widersetzt und „hierbei Polizeiobermeister Poschadel an den Kopf" geschlagen, „so daß dessen Mütze vom Kopf flog". Deshalb sollte er wegen „Widerstand" und „körperlicher Mißhandlung" verurteilt werden.

Diese Anklage war völlig aus der Luft gegriffen. Erfunden eigens zu dem Zweck, um der Regierungspropaganda, nach der es in der Bundesrepublik keine politischen Gefangenen gibt, Genüge zu tun und einem Kommunisten, der bisher allein wegen politischer Äußerungen des „Roten Morgen" zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, einen Prozeß anzuhängen, in dem man ihn zum „Gewalttäter" stempeln wollte.

Typisch für die Art und Weise, wie diese Anklage zusammengebastelt wurde, ist die Tatsache, daß direkt nach dem damaligen Prozeß, als Staatsanwalt Höhn die Ermittlungen in Gang setzte, keinerlei konkrete Vorwürfe gegen den Angeklagten existierten. Zu diesem Zeitpunkt existierte nur die Gummiformulierung „er wehrte sich". Die konkreten Vorwürfe fanden sich dann nach und nach ein: Es erklärte der Polizist Poschadel, daß er einen Schlag gegen den Kopf erhalten und seine Mütze verloren habe. Staatsanwalt Höhn „gewann die Einsicht", daß der Angeklagte habe fliehen wollen (obwohl im Gerichtssaal rund 20 Polizisten waren) usw. usf.

Im Prozeß war dann der Vorwurf der „körperlichen Mißhandlung" der erste, der völlig zusammenbrach. Denn der Polizist Poschadel erklärte zwar, einen Schlag gegen den Kopf erhalten zu haben, mußte aber gleichzeitig zugeben, dabei keinen Schmerz empfunden zu haben. Auch vom angeblichen Widerstand und der angeblich versuchten Flucht blieb nach der Beweisaufnahme trotz aller Windungen und Wendungen der Zeugen der Anklage nur noch die Wahrheit übrig: Daß nämlich der Angeklagte Gernot Schubert keinerlei Widerstand geleistet hatte, dafür aber der Polizist Poschadel ihn so heftig gestoßen hatte, daß — wie selbst der Justizwachtmeister Jackel zugeben mußte — „alles mitgeschoben" worden sei, die Verteidiger in diesem Prozeß und selbst ihre Tische.

Auch die angeblich versuchte Flucht löste sich buchstäblich in Luft auf. Derjenige Zeuge nämlich, Justizwachtmeister Jackel, der diese „Einsicht" des Staatsanwaltes durch seine Wahrnehmung bestätigen sollte, versagte kläglich. Er behauptete zwar zunächst, daß der Angeklagte fliehen wollte. Da er aber bereits vorher ausgesagt hatte, daß der Angeklagte zum gleichen Zeitpunkt von mehreren Polizisten so festgehalten wurde, daß seine Füße nicht mehr den Boden berührten, rief seine Aussage lediglich lautes Lachen im Zuschauerraum hervor. Wer hat schließlich schon einen Menschen gesehen, der das Übernatürliche vollbringt und — festgehalten an allen Gliedmaßen — fliegend durch einen Saal nach draußen drängt?

Auch Oberstaatsanwalt Höhn konnte seine „Einsicht" nicht mit Tatsachen belegen. Zunächst wurde entlarvt, daß er eine allgemeine Erklärung des Genossen Gernot Schubert, die er vor der Verkündigung der Ordnungsstrafe gemacht hatte, einfach, aus „Ermittlungsgründen" auf einen Zeitpunkt nach der Verkündung der Ordnungsstrafe verlegt hatte. Genosse Gernot Schubert hatte nämlich gesagt, daß Kommunisten nicht freiwillig ins Gefängnis gehen. Als Höhn sogar durch das damalige Gerichtsprotokoll widerlegt wurde, fiel ihm auf die Frage von Gernot Schubert, ob er gehört habe, daß der Genosse erklärt habe, er werde sich dem Antritt der Ordnungsstrafe widersetzen, nichts Besseres ein, als zu erklären: „Ich habe gehört, daß gesagt wurde ‚Faß mich nicht an, faß mich nicht an'. Das wurde in diesem Prozeß gesagt. Ob Sie das aber gesagt haben, oder Herr Stoll, das weiß ich nicht mehr." Und bei der Frage schließlich, worauf die „Schnelligkeit" zurückzuführen sei, die er damals bei dem Angeklagten beobachtet habe, entfuhr es ihm dann: „Auf die Fähigkeit der Polizei. Die wird schließlich dazu ausgebildet, einen Mann wie Herrn Schubert abzuführen." Und ähnliches mehr.

Entgegen diesen Zeugen der Staatsanwaltschaft, die sich in allen Punkten widersprachen, weil sie eben nicht von den Tatsachen ausgingen, bestätigten alle anderen Zeugen, die nicht im Dienste des kapitalistischen Staatsapparates standen, daß Gernot Schubert nicht den geringsten Widerstand geleistet hatte.

Trotz der so völlig offenkundig gewordenen Wahrheit über die Geschehnisse forderte der Staatsanwalt in seinem anschließenden Plädoyer Genossen Schubert zu zwei Monaten Gefängnis ohne Bewährung zu verurteilen. Dem mochte das Gericht aber, wie schon erwähnt, nicht stattgeben. Allerdings nicht deshalb, weil, wie Richter von Krahn in seiner Urteilsbegründung sagte, jeder Angeklagte in unserem Staat eine Rechtsgarantie hat. Nein, einzig und allein deshalb, weil eine Verurteilung nach diesem Prozeßverlauf ein zu offensichtliches Terrorurteil gewesen wäre, weil sie eine zu große Empörung unter den Werktätigen hervorgerufen hätte.

Wer verdächtig ist, bestimmt die Polizei

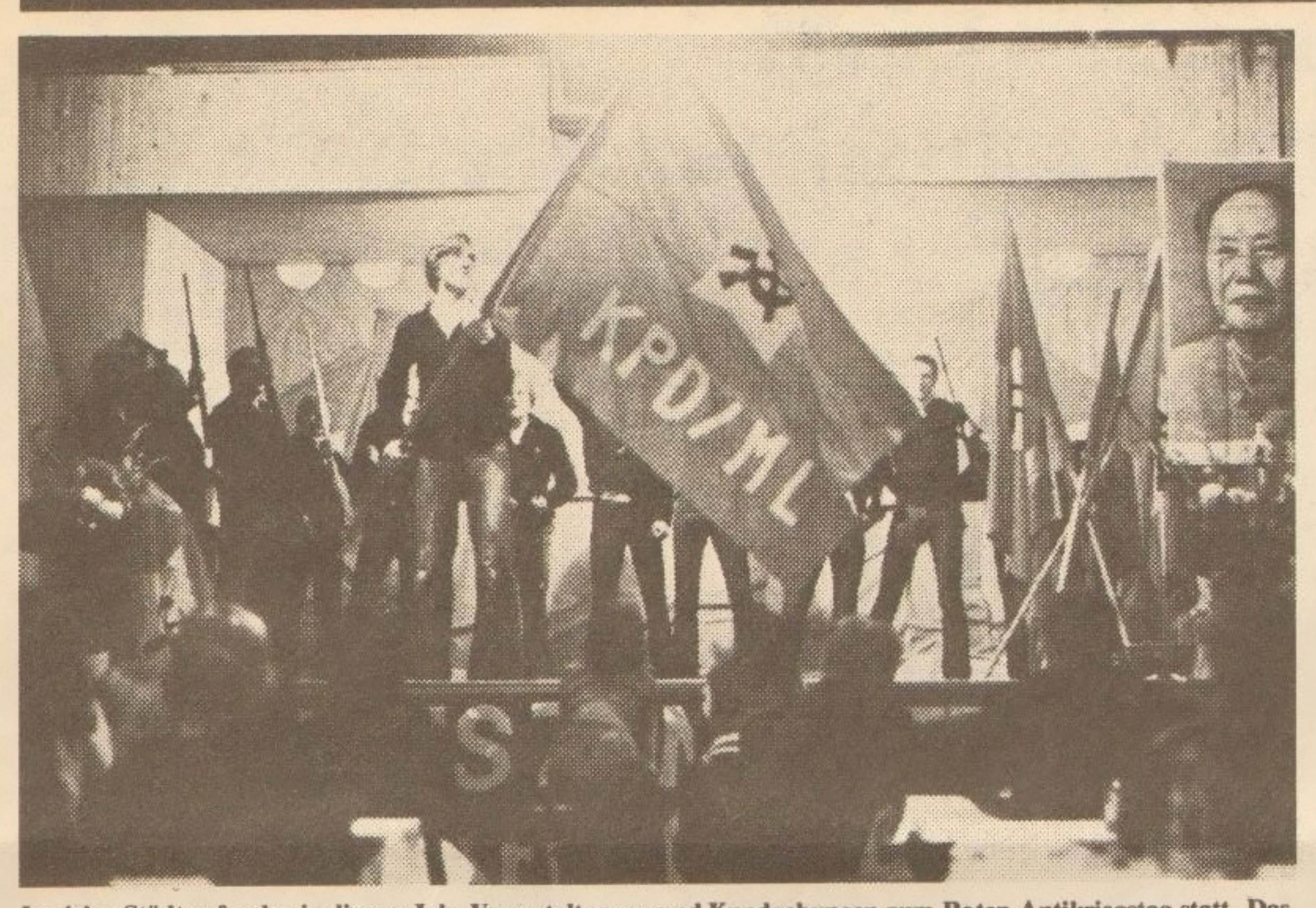
Arztehepaar in Kiel bespitzelt

Bekanntlich hat die Polizei eine Nachrichtensperre über ihre — wie sie sagt — Ermittlungstätigkeit im Fall Schleyer — verhängt. Was hinter dieser Mauer des Schweigens geschieht, erfährt die Öffentlichkeit nicht. Mit gutem Grund. Denn könnte man hinter die Kulissen blicken, würde man erleben, daß die Polizei keineswegs „einzelne gefährliche Terroristen" sucht, sondern mit einem Riesenaufwand Werktätige bespitzelt und aushorcht, von denen sie ganz genau weiß, daß sie mit der Entführung Schleyers nicht das Geringste zu tun haben. Wie etwa im Fall des Kieler Ärzteehepaares R. Frau R. berichtete uns:

Mein Mann und ich arbeiten als praktische Ärzte in Kiel. Vor kurzem hat mein Mann für drei Wochen die Praxisvertretung bei Freunden übernommen, damit sie in Urlaub fahren konnten. Am letzten Tag dieser Praxisvertretung, Sonntag früh vor zwei Wochen, klingelten bei uns zu Hause zwei zivile Kripo-Beamte. Ich hatte unseren Wagen der Leiterin des hiesigen Buchladens „Roter Morgen" geliehen, da sie eine längere Fahrt vorhatte und ihr klappriger Wagen dafür nicht brauchbar war. Die Kriminalbeamten gaben an, sie hätten einen Hinweis bekommen, daß in unserem Wagen mit verdächtigen Personen gefahren worden sei und daß wir unseren Wagen getauscht hätten. Auf meine Frage, warum die Personen verdächtig seien, antworteten sie nicht. Ich sagte ihnen nur, daß ich den Wagen getauscht habe. Dann wollten sie wissen, wo denn mein Mann sei. Ich gab an, daß er bei Freunden Praxisvertretung mache. Auf die Frage bei wem, gab ich keine Auskunft, sagte aber, daß er sich wahrscheinlich schon auf dem Rückweg nach Hause befinde. Dann wurde gefragt, ob ein Zusammenhang zwischen dem Wagentausch und der Abwesenheit meines Mannes bestünde, ob er den Wagen nicht mitgenommen hätte. Ich antwortete, da bestünde kein Zusammenhang, ich hätte den Wagen für meine Praxisarbeit hier in Kiel benötigt. Dann wollten sie noch unsere Autonummer wissen und verschwanden.

Zwei Tage später erschienen die Kriminalbeamten wieder und wollten meinen Mann sprechen. Ich schickte sie in die Praxis, wo er arbeitete. Sie fragten hier meinen Mann noch einmal, wo er die Praxisvertretung gemacht habe und verschwanden.

Zwei Tage später berichtete uns der Kollege, für den mein Mann die Praxisvertretung übernommen hatte, daß sich die Polizei bei ihm erkundigt hätte, ob mein Mann tatsächlich als Vertretung in seiner Praxis gearbeitet habe. Außerdem stellten sie die Frage, ob mein Mann in der Lage sei, eine Praxis drei Wochen lang selbständig zu führen. Als der Kollege sein Erstaunen über die Frage äußerte, hieß es: „Wir können weiter nichts sagen. Beantworten Sie bitte die Frage, sie kommt von der Bundesanwaltschaft Bonn."

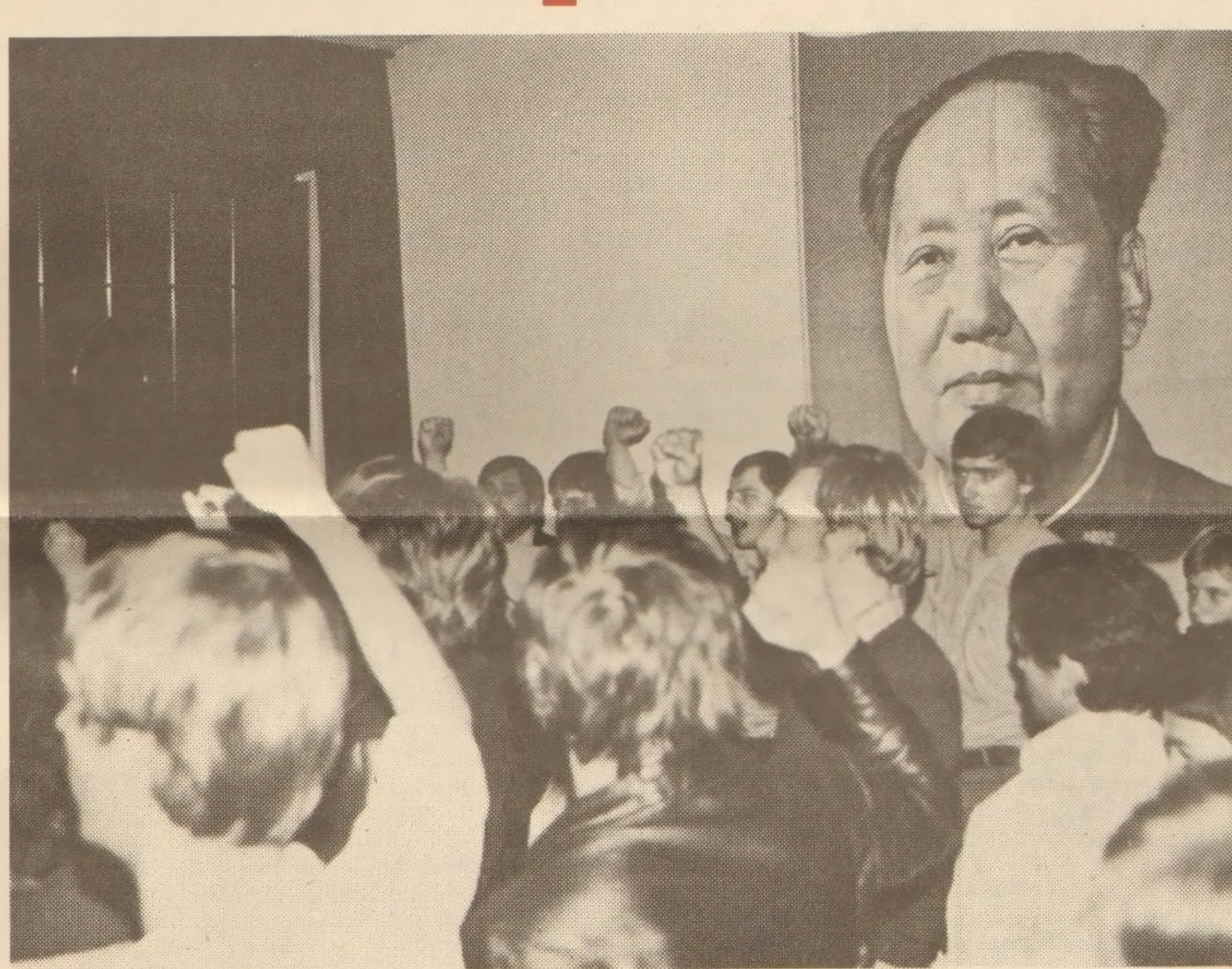


In vielen Städten fanden in diesem Jahr Veranstaltungen und Kundgebungen zum Roten Antikriegstag statt. Das Bild zeigt eine Szene aus einem AP-Stück auf der Veranstaltung in Hamburg.

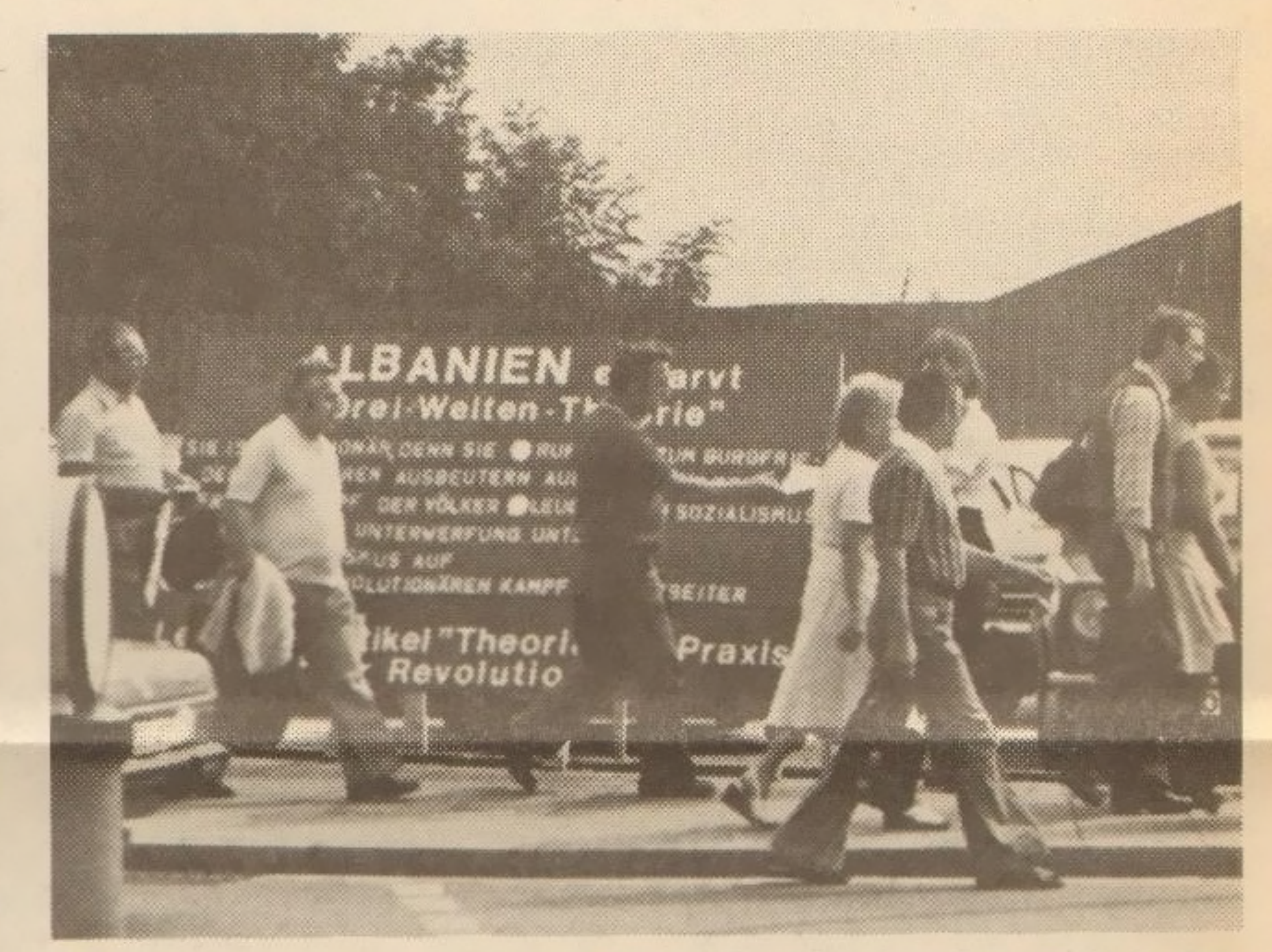


Eine große Stelltafel und ein AP-Stand der Partei zum Roten Antikriegstag erregten in Worms bei der Bevölkerung großes Interesse.

September im Bild



Zu Ehren des Genossen Mao Tsetung fand in Herne am 9. September eine Gedenkfeier statt.



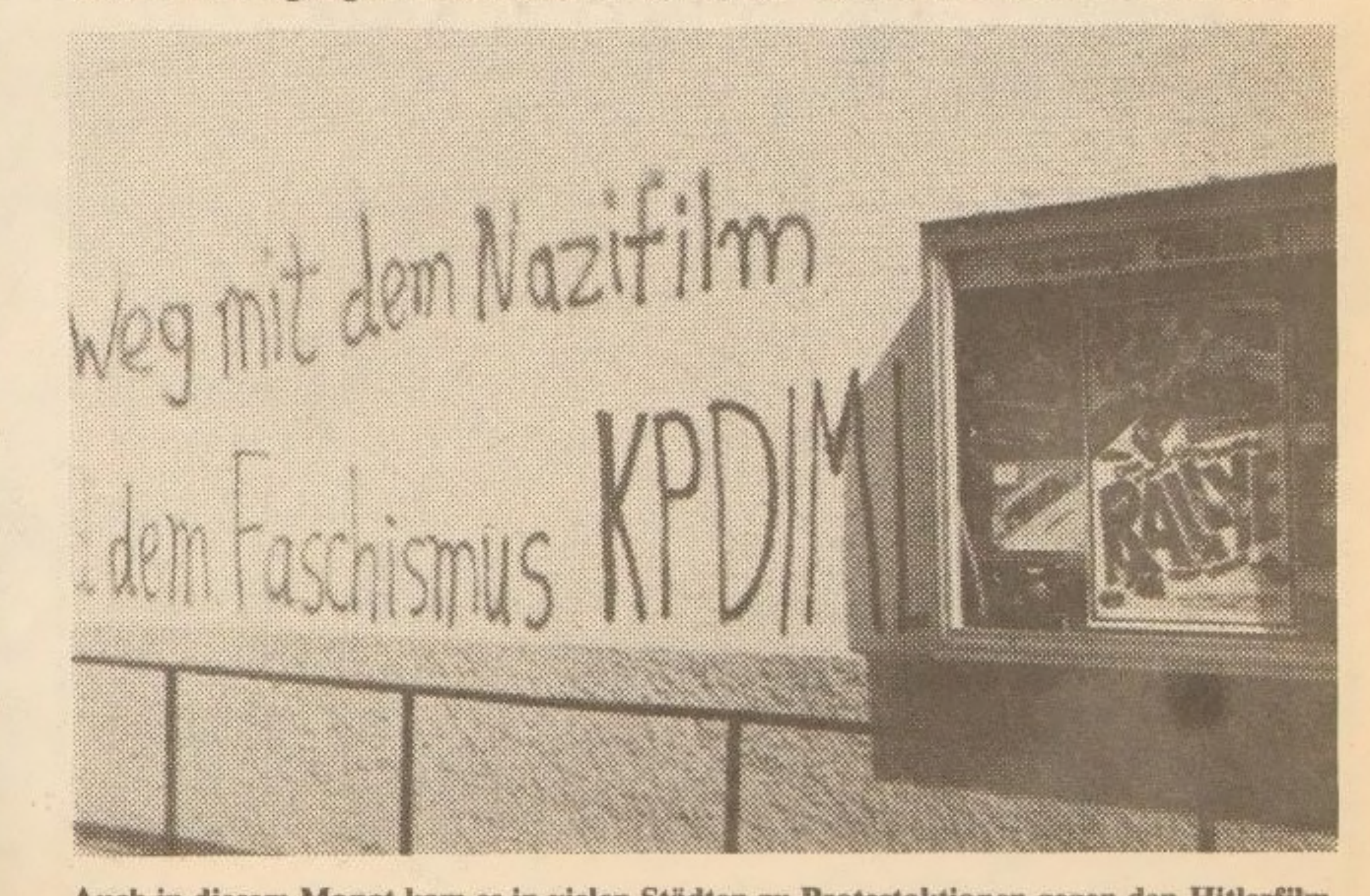
Eine Propagandatafel gegen die „Theorie der drei Welten" und zur Propaganda des Artikels „Theorie und Praxis der Revolution" der Partei der Arbeit Albaniens, vor einem Betriebstor bei Opel in Bochum.



Mit Gewalt zerren die Polizisten einen Genossen, der während einer Kundgebung zum Roten Antikriegstag in Kassel einen zivilen Spitzel fotografierte in den Polizeiwagen.



Bei einem Prozeß gegen einen Teilnehmer der Brokdorfdemonstration in Itzehoe glich das Gerichtsgebäude einer Polizeifestung.



Auch in diesem Monat kam es in vielen Städten zu Protestaktionen gegen den Hitlerfilm „Hitler — eine Karriere". Diese Parolen konnte man in Rüsselsheim lesen.

Aus aller Welt

ITALIEN

Der italienische Ministerpräsident Andreotti mußte jetzt vor Gericht erscheinen. Es geht um den schon seit Jahren laufenden Prozeß um ein Attentat auf die Mailänder Landwirtschaftsbank, dem im Jahr 1969 16 Menschen zum Opfer gefallen waren. Die italienische Bourgeoisie hatte sofort versucht, diesen faschistischen Anschlag sogenannten Linksradikalen in die Schuhe zu schieben, hatte eine Kampagne gegen die revolutionäre Bewegung entfesselt und willkürlich Verhaftungen vorgenommen.

Sie konnte damit allerdings nicht verhindern, daß nach und nach die Wahrheit über dieses Attentat ans Tageslicht kam. Die bekannten Neofaschisten Freda und Ventura wurden als die Mörder entlarvt. Enthüllt wurde aber auch, daß die organisierten Faschisten nicht alleine gemordet hatten. Agenten des italienischen Geheimdienstes hatten bei der Vorbereitung und Durchführung des blutigen Anschlags mitgemacht. Darum ging es jetzt bei der Vernehmung von Andreotti als Zeugen. Der Ministerpräsident, der 1969 als Verteidigungsminister unmittelbar für den Geheimdienst verantwortlich war, hatte immer eine Beteiligung des Geheimdienstes an dem Attentat von Mailand bestritten.

Jetzt, wo aufgrund der eindeutigen Tatsachen diese Beteiligung nicht mehr zu leugnen ist, machte Andreotti, was bürgerliche Politiker in solchen Fällen zu tun pflegen: er erklärte, von allem nichts gewußt zu haben, weil ihn sein Untergebener, der Geheimdienst-Chef Niceli nicht informiert hätte. Damit hat Andreotti zwar, indem er Miceli über die Klinge springen ließ, vorerst seinen eigenen Kopf gerettet. Was er damit aber nicht aus der Welt schaffen konnte, ist der Beweis, daß es der bürgerliche Staatsapparat selbst ist, der die faschistischen Banden fördert, in jeder Hinsicht unterstützt und sie als Werkzeug für seine Provokationen, für seine blutigen Angriffe gegen die Werktätigen benutzt.

BRASILIEN

Mit allen Mitteln versucht das faschistische Militärregime gegenwärtig, die Massenkämpfe der brasilianischen Studenten zu ersticken. So wurde auch ein in Sao Paulo geplantes nationales Studententreffen von vornherein verboten. Als sich trotzdem über tausend Studenten in der katholischen Universität versammelten, stürmte die Polizei unter Einsatz von Tränengasbomben das Gebäude. Bei dem Überfall wurden zahlreiche Studenten festgenommen.

Aber diese Angriffe der faschistischen Diktatur können den Vormarsch der ehrlichen Kräfte der Opposition nicht aufhalten. Die Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten nimmt zu und führt zu machtvollen Aktionen. Sooft die Junta auch versucht hat, die patriotische und demokratische Bewegung zu unterdrücken und zu liquidieren, brach diese Bewegung erneut mit vervielfachten Kräften aus. Und so wird es immer sein, bis zur Zerschlagung der Diktatur.

PHILIPPINEN

Neue blutige Kämpfe haben sich in den letzten Tagen auf den Philippinen entwickelt. Wie berichtet wird, haben über 2.000 Soldaten des Marcos-Regimes auf der Insel Mindanao und einigen kleineren Inseln einen Ausrottungsfeldzug gegen die bewaffneten Volksstreitkräfte begonnen. Sie hatten dabei Unterstützung aus der Luft und von See her. Ihr Feldzug stieß jedoch auf den entschlossenen Widerstand der Patrioten, denen es an einigen Orten, wie bei Indanan gelang, die reaktionären Truppen zurückzuschlagen.

In der Hauptstadt Manila demonstrierten letzten Freitag mehrere tausend Arbeiter und Studenten gegen das Kriegsrecht, das vom Diktator Marcos über das Land verhängt worden ist. Mit brutaler Gewalt ging die Polizei gegen die Demonstranten vor und verhaftete mindestens dreißig von ihnen. Marcos selbst hatte sich in seinem Präsidenten-Palast verkrochen und alle Zufahrtsstraßen von Truppen besetzen lassen.

MALAYA

Seit mehr als drei Jahrzehnten schon kämpft das malayische Volk mutig um seine nationale und soziale Befreiung. Das reaktionäre Regime in Kuala Lumpur, das sich der allseitigen Unterstützung des USA-Imperialismus und der reaktionären Kräfte der ganzen Region, besonders Thailands, erfreut, hat in den letzten Jahren alle Mittel eingesetzt, um die Flammen des Volksbefreiungskampfes zum Erlöschen zu bringen. Die Truppen dieses Regimes haben eine Operation nach der anderen in verschiedenen Gebieten des Landes unternommen und gleichzeitig brutale Gewalt- und Terrorkampagnen mit Bombenangriffen auf ganze Dörfer und andere unternommen. Besonders heftig waren die feindlichen militärischen Operationen gegen die Befreiungskräfte in diesem Jahr in den Staaten Perak und Kelantan.

Parallel zu diesen Operationen entfesselte das reaktionäre Regime auch eine intensive propagandistische und psychologische Kampagne mit dem Ziel, den Willen des malayischen Volkes zu brechen. Das Regime behauptete, es habe dem bewaffneten Widerstand der Partisanenkräfte ein Ende gesetzt usw. Aber weder die Säuberungsoperationen noch die psychologische Kriegsführung führten zu dem von Kuala Lumpur ungeduldig erwarteten Ergebnis. Die Meldungen, die aus Malaysia eingehen, zeigen, daß das Volk dieses Landes weiterhin und tapfer für die Verwirklichung seiner legitimen Bestrebungen kämpft und den reaktionären Kräften harte Schläge versetzt. So haben die malayischen Patrioten dieser Tage eine sogenannte Säuberungsoperation des Feindes zerschlagen. Durch die ständigen Angriffe der Volksbefreiungskräfte sahen sich die Truppen des Regimes gezwungen, aus den Gebieten Perak und Kelantan abzuziehen. Sie ließen etwa 60 Tote und Verwundete, zahlreiche Militärlastwagen und anderes Material auf dem Schlachtfeld zurück. Die Tatsachen zeigen, daß die malayischen patriotischen Kräfte, obwohl ihnen zahlreiche Militärtruppen des Kuala Lumpur-Regimes entgegenstehen, weiterhin ihren bewaffneten Befreiungskampf verstärken.

Das beweist die Überlegenheit ihres Kampfes, eines Krieges, den die Volksmassen um eine gerechte Sache führen. Wie die Erfahrung bestätigt hat, kann der gerechte Kampf der Völker um Freiheit und nationale Unabhängigkeit niemals bezwungen werden, ungeachtet der Stärke des Feindes und seiner verfügbaren Mittel.

EG-Verhaltenskodex für Südafrika

Schwarze Arbeitssklaven schuften in den Knochenmühlen der europäischen Monopole

Fortsetzung von Seite 1

Kapstadt ziehen. Nein, sie müssen sich von den Familien trennen und werden für die Monate oder Jahre, in denen sie für die Profite der südafrikanischen, westdeutschen oder amerikanischen Monopolherren schuften, in Gettos eingesperrt, die sie nicht verlassen dürfen. Und wehe, sie halten sich nicht an diese unmenschlichen Bestimmungen, versuchen etwa, ihre Frauen nachkommen zu lassen. Das ist ein Verstoß gegen das Paßgesetz und wird von den Vorster-Rassisten mit drei Jahren Zwangsarbeit bestraft.

Die schwarzen Werktätigen sind gezwungen, ihre Arbeitskraft an die Monopolherren zu verkaufen, weil es in den „Bantustans", die auf den schlechtesten Böden des Landes liegen, nicht einmal die Möglichkeit gibt, sich mit Landwirtschaft über Wasser zu halten. Als Wanderarbeiter sind sie vollständig rechtlos. Sie werden mit Löhnen abgespeist, die nach Angaben von Springers „Welt" gerade ein Zehntel vom Durchschnittslohn weißer Arbeiter betragen. Wenn sie von den Kapitalisten ausgepreßt sind und ihnen nicht mehr genug Profit schaffen, wird ihnen der Paß entzogen, und sie müssen zurück in die Reservate. Eine Sozialversicherung gibt es für sie ebensowenig wie Arbeitslosengeld oder andere Unterstützungen.

Das sind die faschistischen Gesetze, mit denen die weißen Rassisten das Volk von Azania versklaven und unterdrücken. Das sind die Gesetze, von denen die BDI-Kapitalisten in der Maske von Biedermännern sagen, sie könnten sich nicht über sie hinwegsetzen. Obwohl, wie die Herren bei der Gelegenheit betonten, sie selbstverständlich auch gegen die Rassentrennung sind. Diese Heuchler! Natürlich könnten sie von heute auf morgen beispielsweise in ihren südafrikanischen Filialen den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit zahlen, auch wenn diese Arbeit von Schwarzen gemacht wird. Wenn sie wollten! Aber diesen Blutsaugern geht es doch nur um eins: soviel Profit wie möglich aus den Knochen der schwarzen Arbeiter herauszuschinden. Sie sind die Nutznießer der faschistischen Rassengesetze. Und an ihren Händen klebt das Blut der Tausende schwarzer Arbeiter, die in ihrem gerechten Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung von der Rassisten-Polizei hingemordet wurden.

Und da haben diese Verbrecher auch noch die Unverschämtheit zu erklären, ihre Unterstützung für das Vorster-Regime und seine faschistischen Gesetze wäre im Interesse der azanischen Werktätigen. Denn, so sagte der BDI, wenn man den westdeutschen Monopolen untersagen würde, die Rassengesetze Südafrikas zur verschärften Ausbeutung der schwarzen Arbeiter auszunutzen, „werde das vor allem die Masse der farbigen Bevölkerung treffen". Die Flick, Krupp und Thyssen waren noch nie darum verlegen, ihre räuberischen Profitinteressen als Gemeinwohl auszugeben.

Aber ist es tatsächlich so, daß der jetzt veröffentlichte EG-Verhaltenskodex die an der Ausplünderung Südafrikas beteiligten Monopole zu irgendetwas verpflichtet? Zum einen handelt es sich um eine Empfehlung, die genauso viel wert ist wie ein Hirtenbrief, der von irgendeiner Kirchenkanzel verlesen wird. Und ähnliche Verhaltensnormen, mit denen die multinationalen Konzerne zur Abkehr von Rassendiskriminierung aufgefordert werden, hat auch schon vor längerer Zeit die OECD, der Zusammenschluß der westlichen imperialistischen Staaten, verabschiedet. Nur, daran gehalten hat sich natürlich niemand.

Zum anderen wäre es trotz des ganzen Wirbels, der jetzt um den EG-Verhaltenskodex gemacht wird, eine Illusion, daran zu glauben, daß die Regierungen in Bonn, Paris oder London auch nur den Versuch machen würden, auf die Monopolgesellschaften ihrer Länder Druck auszuüben, um sie zur Einhaltung dieses Kodex zu bewegen. Nehmen wir nur die Bonner Regierung. Bekanntlich hält sie die Aktienmehrheit des VW-Konzerns, der nach Siemens und Hoechst der drittgrößte westdeutsche Investor in Südafrika ist. Aber gibt es etwa in den südafrikanischen VW-Werken keine Rassendiskriminierung? Der Konzern teilte kürzlich auf Befragen mit, in den Kantinen des Werkes dürften zwar weiße und schwarze Arbeiter nicht in einem Raum, geschweige denn an einem Tisch zusammensitzen, aber immerhin hätten die „weiße" und die „schwarze" Kantine die gleiche Ausstattung. Wahrhaftig feine Vorkämpfer gegen den Rassismus! Sollte da vielleicht der VW-Aufsichtsrat und IGM-Boß Loderer seinen Einfluß geltend gemacht haben?

Daß Bonn nicht im Traum daran denkt, der Rassendiskriminierung durch die westdeutschen Monopole entgegenzutreten, zeigt sich auch an den sogenannten Hermes-Krediten. Die Hermes AG versichert im Auftrag und im Namen der Bundesregierung die großen Auslandsgeschäfte der westdeutschen Monopole. Sie haftet mit Steuergeldern dafür, wenn die Monopolherren im Ausland aufgrund von politischen Veränderungen oder aus anderen Gründen Verluste erleiden und ersetzt ihnen ihr Kapital. Nun könnte natürlich die Bundesregierung, die so viele große Worte macht und Resolutionen zur Verurteilung des südafrikanischen Rassismus verabschiedet, diese Hermes-Kredite für diejenigen Konzerne sperren, die in ihren Werken die Schwarzen diskriminieren, die sonstwie zur Stärkung des Rassismus in Südafrika beitragen. Genau das ist übrigens auch von den afrikanischen Ländern immer wieder gefordert worden.

Aber wie sieht die Wirklichkeit aus? Bonn hat innerhalb von nur 18 Monaten bis zum Juli dieses Jahres die Hermes-Kredite von 0,6 auf 2,7 Milliarden Mark hochgeschraubt. Der Bonner Staat ist eben ein Machtinstrument der Monopole und dient ausschließlich deren Interessen. All die schönen Worte sind nur dazu da, den Völkern Sand in die Augen zu streuen. Sie sollen verbergen, daß Bonn im Interesse der Superprofite, die die Hoechst, VW, Siemens, AEG aus der Ausbeutung der schwarzen Arbeitssklaven in Südafrika schlagen, ein Hintermann des Rassisten-Regimes war und ist. Daß es dieses Regime nach wie vor mit allen Mitteln, einschließlich der umfangreichen Waffenhilfe, der Hilfe beim Bau von Atombomben usw. unterstützt.

Der Kampf, den die Werktätigen Azanias führen, um das rassistische Regime niederzuschlagen und die ausländischen Imperialisten, einschließlich der westdeutschen, aus dem Land zu jagen, ist gerecht und verdient unsere uneingeschränkte Unterstützung.

Israelische Zionisten überfallen den Libanon

Die israelischen Truppen an der Grenze zum Libanon stehen in Alarmbereitschaft. Im Laufe der letzten Woche haben immer wieder Panzer- und Infanterieeinheiten die Grenze überschritten und Dörfer im Südlibanon angegriffen. Im Unterschied zu früheren Überfällen handelt es sich diesmal um eine Operation auf breiter Front.

Wie berichtet wird, erhalten die israelischen Aggressoren bei ihrem Vormarsch Luftunterstützung. Kanonenboote blockieren den südlibanesischen Hafen Tyre. Die zionistischen Angreifer halten mehrere Stützpunkte auf libanesischem Gebiet besetzt und bauen sie zu Artillerie-Stellungen aus, um die libanesischen Dörfer und die palästinensischen Flüchtlingslager mit Granatfeuer zu belegen.

Während jenseits der Grenze die israelischen Panzer rollen, israelische Kanonen in die Ortschaften feuern, tut der Zionisten-Chef Begin in Tel Aviv so, als wüßte er von alledem nichts. Wie bei allen Aggressionen gegen den Libanon zuvor, versucht er auch jetzt wieder, alles abzuleugnen. Gleichzeitig stellt er sich jedoch hin und bietet großspurig einen Waffenstillstand an. Man glaubt seinen Ohren nicht zu trauen. Wie kann denn jemand, der an den Kämpfen angeblich gar nicht beteiligt ist, einen Waffenstillstand anbieten?

Aber die libanesischen Patrioten und die im Südlibanon lebenden palästinensischen Flüchtlinge denken nicht daran, auf das Angebot des Herrn Begin einzugehen. Sie wissen, daß er und seinesgleichen nur eine Sprache verstehen, die der Gewehre. Und so setzen sie den zionistischen Aggressoren heldenmütigen Widerstand entgegen mit dem Ziel, auch den letzten israelischen Soldaten vom Boden Libanons zu vertreiben.

Was wollen denn die Zionisten mit ihrem Aufmarsch gegen den Libanon erreichen? Diese Reaktionäre haben seit jeher das „Recht" für sich in Anspruch genommen, nach Belieben die arabischen Länder zu überfallen, dort ihre Strafexpeditionen gegen die revolutionäre Volksbewegung durchzuführen und sich in diesen Ländern festzusetzen. Und in der letzten Zeit war immer häufiger der Libanon das Ziel ihrer Terrorangriffe. In erster Linie geht es ihnen darum, die im Libanon lebenden Palästinenser zu treffen. Sie, die diese Menschen aus ihrer Heimat Palästina vertrieben haben, verfolgen die Flüchtlinge noch bis in ihr Exil. Vor allem ist es die palästinensische Befreiungsbewegung, die sie hassen und die sie vernichten wollen.

So haben die israelischen Zionisten in den letzten Monaten immer offener die faschistischen libanesischen Banden bewaffnet, ihnen finanzielle und logistische Unterstützung gewährt, um durch diese Banden die im Libanon stationierten bewaffneten Kräfte der Palästinenser in Kämpfe zu verwickeln und auszubluten. Nachdem dieser Versuch gescheitert ist, marschieren die israelischen Truppen nun selbst. Und das zum selben Zeitpunkt, wo zionistische Diplomaten als angebliche Friedensboten durch die Welt reisen, wo sich die beiden Supermächte gegenseitig überbieten mit Initiativen, mit Vorschlägen an die arabischen Länder und die PLO, sich doch bald mit den zionistischen Verbrechern an den Verhandlungstisch zu setzen. Aber was könnte deutlicher als die jüngste Aggression der israelischen Zionisten zeigen, daß der Frieden nicht am Verhandlungstisch als Geschenk empfangen werden kann, sondern daß er auf dem Schlachtfeld erkämpft werden muß.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

4. Jahrestag des faschistischen Putsches in Chile

Nur mit der Waffe in der Hand wird die Junta gestürzt!

Vor vier Jahren, am 11. September 1973, putschte eine Handvoll chilenischer Generäle gegen die Regierung Allende. Sie errichteten eine grausame faschistische Diktatur über das Volk und verwandelten das Land in eine wahre Hölle. Dem Terror ihrer Schergen fielen Zehntausende von Menschen zum Opfer. Hunderttausende wurden in KZs eingekerkert und brutal gefoltert. Das faschistische Regime der Mörderbande um Pinochet und Co. verkörpert die schwärzeste, finsterste Reaktion. Es ist nicht nur den chilenischen Werktätigen sondern auch den fortschrittlichen Menschen überall auf der Welt zutiefst verhaßt.

Die faschistischen Generäle handelten, als sie den Putsch organisierten, direkt im Auftrag und auf Befehl des amerikanischen Imperialismus. Sie sind allesamt Agenten, die in den Trainingszentren des CIA auf ihre Aufgabe vorbereitet wurden. Pinochet selbst, das Oberhaupt dieser Clique, ist Absolvent der berüchtigten „Escuele des las Americas", die der CIA in der Kanalzone von Panama unterhält. Über 33.000 Militärs aus den Ländern Lateinamerikas haben in den vergangenen 30 Jahren diese Schule durchlaufen. 170 ihrer Absolventen sind heute Staatschefs, Minister, Stabschefs oder Chefs von Geheimdiensten in den lateinamerikanischen Ländern. Sie sind die 5. Kolonne des amerikanischen Imperialismus, auf die er sich, wie in Chile, stützt, um Militärputsche anzuzetteln, faschistische Diktaturen zu errichten und die Volksmassen grausam zu unterdrücken.

Denn für den amerikanischen Imperialismus ist Lateinamerika eine unermeßliche Profitquelle. Auf den Ölfeldern, in den Zinn- und Kupfergruben, in den Fabriken, auf den Tee- und Kaffeeplantagen und in den Wäldern schuften Millionen von Arbeitern unter unmenschlichen Bedingungen, angetrieben von der Peitsche der faschistischen Unterdrücker, abgespeist mit Hungerlöhnen, die kaum zum Leben reichen,für die amerikanischen Konzernherren.

Der Putsch der Generäle in Chile wurde angezettelt, weil die amerikanischen Imperialisten ihre Interessen durch den Kampf, den die Volksmassen führten, bedroht sahen, weil sie ihre endgültige Vertreibung und den Verlust eines Teils ihres Imperiums fürchteten. Sie stützten sich dabei auf die innere Reaktion, die nationalen Monopole und Großgrundbesitzer, auf die reaktionärsten Kreise des Landes, die seit eh und je die nationalen Interessen Chiles an den amerikanischen Imperialismus verkauft hatten. Die Ereignisse im September 1973 in Chile enthüllten vor der ganzen Welt die unverändert aggressive Natur des amerikanischen Imperialismus. Sie zeigten, daß er ein wütender Feind der Völker und des Fortschritts, des Kampfes der Völker um Freiheit und nationale Unabhängigkeit, des Kampfes für die Revolution und den Sozialismus ist und bleibt.

Der faschistische Putsch in Chile hat den konterrevolutionären Charakter aller Theorien gezeigt, die die aggressive Natur des amerikanischen Imperialismus und der mit ihm verbundenen reaktionären Kräfte vertuschen. Gerade die modernen Revisionisten, die sich heute als Vorkämpfer des Kampfes des chilenischen Volkes gegen die Diktatur vorstellen, haben in Wirklichkeit dafür gesorgt, daß das chilenische Volk den Putschisten im entscheidenden Augenblick entwaffnet gegenübergestanden hat. Alle Revisionisten haben Chile als Paradebeispiel für ihre Theorie vom „friedlichen Übergang zum Sozialismus" präsentiert. In Chile selbst haben die Corvalan und Co., die in der Regierung saßen, das Volk durch ihre Theorien und Handlungen in jeder Beziehung gelähmt. Sie predigten dem Volk, Vertrauen in das Parlament und die Armee zu haben und riefen es, um den revolutionären Kampf abzuwürgen, zu Ruhe und Ordnung, zur Beachtung der bürgerlichen Gesetze und zum Respekt vor dem bürgerlichen Staatsapparat auf, der von der Regierung Allende nicht zerschlagen worden war.

Sie verbreiteten jedoch nicht nur konterrevolutionäre Theorien, sondern gingen auch zu Taten über. Sie sorgten dafür, daß das Volk die Waffen, die es in den Händen hielt,abgeben mußte und rüsteten die Armee auf. Sie holten sogar die konterrevolutionären faschistischen Offiziere in die Regierung und ließen sie ungehindert den Putsch vorbereiten. Gleichzeitig arbeiteten sie als Agenten des sowjetischen Sozialimperialismus, der Chile aus dem Einflußbereich des amerikanischen Imperialismus herauslösen und es zu seiner Kolonie machen wollte.

Wenn die modernen Revisionisten heute eine Kampagne nach der anderen zur Solidarität mit dem chilenischen Volk und zum Boykott der faschistischen Junta durchführen, ist das deshalb nichts anderes als eine Nebelwand, um ihre Verbrechen zu vertuschen.

Ganz abgesehen davon ist der Boykott im Mund der Revisionisten und Sozialimperialisten nichts als eine verlogene Phrase. Chilenisches Kupfer ist nicht nur in den USA, sondern auch in der Sowjetunion und der DDR heiß begehrt. Und wenn diese Geschäfte auch nicht offen, sondern über Tarnfirmen abgewickelt werden, mit gefälschten Papieren,so sind sie doch ans Tageslicht gekommen. Sie sind genauso ans Tageslicht gekommen, wie die Waffengeschäfte der Sozialimperialisten mit der Pinochet-Junta, die über die Tarnfirma „Omnipol" abgewickelt werden.

Die sowjetischen Sozialimperialisten unterstützen überhaupt nicht den Kampf, den das chilenische Volk zum Sturz der Diktatur und für die Vertreibung des Imperialismus, für seine Freiheit und Unabhängigkeit führt. Ihnen geht es einzig und allein darum, diesen Kampf für ihre eigenen imperialistischen Ziele auszunutzen. Weil sie den revolutionären Kampf fürchten, weil es dieser Kampf ist, der auch ihre Absichten durchkreuzt, unterstützen die Sozialimperialisten und die chilenischen modernen Revisionisten auch das neueste Komplott, das der USA-Imperialismus in Chile durchführt.

Angesichts des verstärkten Kampfes des chilenischen Volkes gegen die Junta, der Krise, in der das Land steckt, angesichts der weltweiten Isolierung des Regimes, hat Carter begonnen, Krokodilstränen über die „Verletzung der Menschenrechte" in Chile zu vergießen. Versucht der amerikanische Imperialismus ein anderes Eisen, das er in Chile im Feuer hat, ins Spiel zu bringen. Der amerikanische Imperialismus hat, wie auch in anderen Ländern, begonnen, in Chile eine Demokratisierungsfarce zu inszenieren. Er präsentiert dazu Eduardo Frei, den Vorsitzenden der Christdemokratischen Partei als Alternative zur Pinochet-Junta. In Wirklichkeit sind Frei und seine Partei ebenfalls willige Lakaien der Wallstreetmagnaten. Eben diese Partei war es z. B., die während der Regierungszeit Allendes jede Maßnahme, die im Interesse des Volkes lag, wütend angriff und sabotierte. Frei ins Spiel zu bringen, ist deshalb nichts als ein Manöver des amerikanischen Imperialismus, um von seinen Verbrechen abzulenken und den Kampf des chilenischen Volkes zu sabotieren, damit die kapitalistische Ausbeuterordnung nicht gestürzt wird und die Privilegien der Imperialisten erhalten bleiben.

Dieses Manöver wird voll und ganz von den modernen Revisionisten unterstützt. Auf dem eben zu Ende gegangenen Plenum des ZK der revisionistischen Partei nannte Corvalan die Verständigung der Revisionisten mit den Christdemokraten Freis eine „Schlüsselfrage".

Die chilenischen Revolutionäre, die in der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles und den von ihr geführten Organisationen kämpfen, wissen aber, daß die Befreiung des Landes nicht durch „Reformen" Washingtons und der mit ihm verbundenen reaktionären Kräfte verwirklicht werden kann.

Die faschistische Junta und die Herrschaft des amerikanischen Imperialismus in Chile können weder dadurch gestürzt werden, daß man sich mit der anderen Supermacht verbündet,noch dadurch, daß man sich auf die reaktionären Kräfte im Inneren des Landes stützt. Beides ist Verrat an den grundlegenden Interessen des chilenischen Volkes.

Ebenso verräterisch wie die Theorien der modernen Revisionisten sind die der Pseudo-Marxisten-Leninisten, der Anhänger der „Theorie der drei Welten". Sie machen den sowjetischen Sozialimperialismus zum Hauptfeind des chilenischen Volkes und reihen die Pinochet-Junta in die von ihnen konstruierte weltweite Front der Länder der dritten Welt ein. Konsequenterweise sind einige von ihnen schon offen dazu übergegangen, die Verbindung der Junta mit den westeuropäischen Imperialisten als gute Sache hochzujubeln und die Isolierung und den Boykott, für den alle wirklichen Revolutionäre kämpfen, als Manöver der Sozialimperialisten wütend anzugreifen. Obwohl in der Form verschieden, entsprechen ihre Theorien dennoch völlig denen der modernen Revisionisten.

Beide predigen die Kapitulation vor dem Imperialismus und die Unterwerfung des Proletariats und der Volksmassen unter die reaktionären bürgerlichen Kräfte. Beide versuchen auf diese Weise den Kampf des chilenischen Volkes für seine Befreiung zu sabotieren.

Die RKP Chiles, die den Marxismus-Leninismus verteidigt und für die Befreiung des chilenischen Volkes kämpft, brandmarkt deshalb nicht nur die verräterischen Theorien der modernen Revisionisten, sondern auch die der Opportunisten. Zum 4. Jahrestag des faschistischen Putsches schrieb „El Pueblo", das Zentralorgan der RKP Chiles:

„Wir müssen den Volkswiderstand täglich entwickeln, ebenso den Kampf gegen die opportunistischen und kapitulationistischen Ideen und gegen das Versöhnlertum. Nur auf dem Weg des Kampfes für die politische Unabhängigkeit des Proletariats wird es dem Volk und den wahren Patrioten mit der Waffe in der Hand gelingen, die Militärjunta zu zerschlagen und den Yankee-Imperialismus zu verjagen, um eine Regierung der antifaschistischen Einheit zu errichten und den Weg zum Sozialismus zu gehen."

Freiheit für Blanco Chivite und alle antifaschistischen Gefangenen in Spanien!

Glaubt man den Imperialisten und ihrer Propaganda, sind in Spanien nun endgültig demokratische Zustände eingekehrt. In Wirklichkeit verbirgt sich aber hinter der demokratischen Maske des Regimes von Juan Carlos weiter die brutale Unterdrückung des Volkes, nackter Terror gegen die Werktätigen und die Revolutionäre, die an der Spitze ihres Kampfes stehen. So werden in den Kerkern Juan Carlos' immer noch zahlreiche Revolutionäre und Antifaschisten gefangengehalten.

Die meisten von ihnen sind Genossen der KP Spaniens/ML und der FRAP sowie anderer antifaschistischer Organisationen. Sie wurden von der faschistischen Franco-Diktatur eingekerkert, weil sie gegen die Barbarei und für die Freiheit des Volkes gekämpft haben.

Zu ihnen gehört zum Beispiel Manuel A. Blanco Chivite, 33 Jahre. Er wurde zum Tode verurteilt und später aufgrund der Empörung der Volksmassen in Spanien und in anderen Ländern über dieses und andere Terrorurteile zu 30 Jahren Kerkerhaft „begnadigt". Weil er seine Gesinnung nicht verleugnet und auch aus dem Gefängnis heraus immer wieder mutig in Artikeln, Briefen und Gedichten die Verbrechen des Regimes anprangert, ist er mehrmals zu strenger Isolationshaft verurteilt worden. Spaniens Ministerpräsident Adolfo Suarez hat vor kurzem persönlich die Freilassung Manuel A. Blanco Chivites abgelehnt.

Wladimir Fernandez Tovar wurde wie Blanco Chivite zum Tode verurteilt. Er ist jetzt im Gefängnis von Puerto de Santa Maria eingekerkert. Er mußte lange Zeit in Strafzellen verbringen, weil er immer gegen die Mißhandlungen der politischen Gefangenen durch die Gefängnisleitung kämpfte. Durch die Folterungen, denen er ausgesetzt war, ist er schwer krank, ebenso wie zahlreiche andere politische Gefangene.

Angel Gonzales Garcia, 22 Jahre alt, wurde zwölf Tage lang in der Polizeipräfektur von Barcelona grausam gefoltert — brennende Zigaretten wurden auf seinem Körper ausgedrückt, er bekam Elektroschocks und wurde geschlagen.

In Spanien fordern heute Hunderttausende die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen. Hier bei uns wird ihre Existenz von der reaktionären bürgerlichen und revisionistischen Presse fast vollständig totgeschwiegen. Die Kommunistische Partei Spaniens/ML hat deshalb dazu aufgerufen, die Wahrheit über die politischen Gefangenen in Spanien zu verbreiten und in Protestbriefen an die spanische Regierung die sofortige Freilassung von Blanco Chivite und den anderen antifaschistischen Gefangenen in Spanien zu fordern.

Schickt die Briefe an:

Adolfo Suarez (Presidencia del Gobierno)
Castellana 3
Madrid (Spanien)

Die lateinamerikanische Arbeiterklasse im Kampf

In fast allen Ländern Lateinamerikas offenbart die Arbeiterklasse ihren Schwung und ihre Kraft. Sie bringt ihren Haß auf die kapitalistische Ausbeutung klar zum Ausdruck und fordert ein besseres Leben.

Sie fügt sich nicht der brutalen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Diskriminierung durch die Bourgeoisie. Das zeigt sie dadurch, daß sie in den verschiedensten Formen revoltiert, als Beweis der Auflehnung gegen die brutale kapitalistische Gesellschaftsordnung. Die Streiks, Demonstrationen und Protestbewegungen sind in dieser Hinsicht sehr aufschlußreich. Die letzten Monate waren gekennzeichnet vom Anwachsen des Kampfes der lateinamerikanischen Arbeiterklasse, von zahlreichen Aktionen gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung.

Hervorzuheben sind die Streiks in den **peruanischen** Städten wie z. B. in Lima und anderen Städten, wo Hunderttausende Arbeiter verschiedener Wirtschaftszweige gegen das neueste Wirtschaftsprogramm der Regierung protestierten, das das Leben der werktätigen Massen noch schwieriger macht. Die Straßen dieser Städte wurden zu Schauplätzen äußerst heftiger Zusammenstöße zwischen den streikenden Werktätigen und den starken Polizeieinheiten, die aufgeboten wurden, um die Streikenden auseinanderzutreiben. Bei diesen Straßenschlachten, die stundenlang andauerten, griff die Polizei zu Schußwaffen, tötete sieben Arbeiter und verwundete einige Dutzend von ihnen.

Seit einem Monat schon dauert in **Kolumbien** der Streik der Arbeiter der Zementfabriken an. Auch die Arbeiter der Erdölgesellschaft Exxon-Petrol stehen im Streikkampf. Dadurch ist der Betrieb mehrerer Raffinerien und Erdölfelder des Landes lahmgelegt worden. Die Streikenden protestieren gegen die Verletzung der Arbeitsverträge und fordern höhere Löhne.

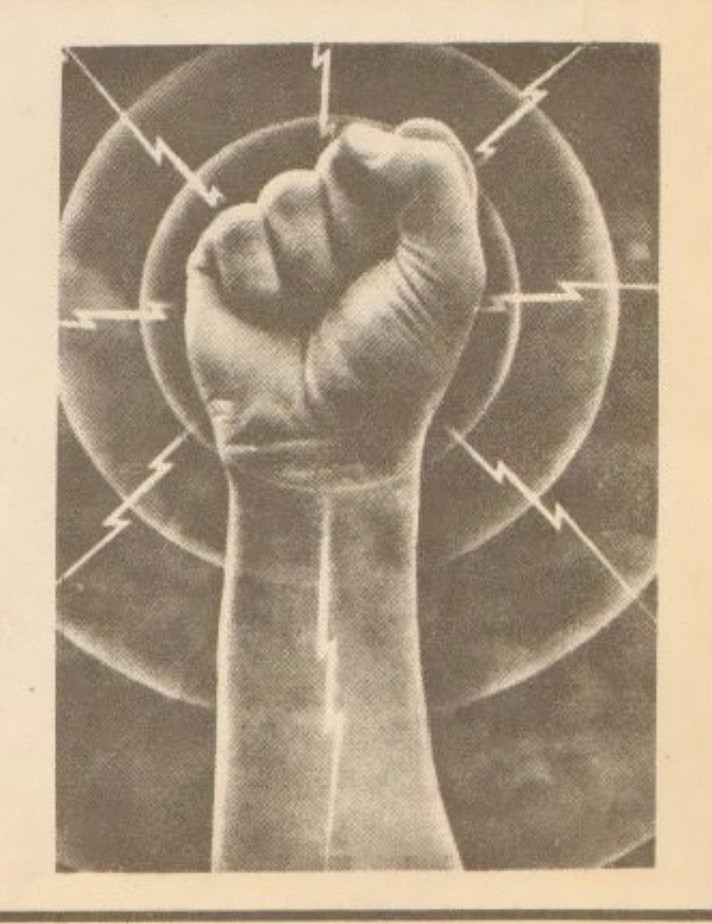
Trotz brutaler Gewalt und wilden faschistischen Terrors, trotz der Gesetze, die Streiks und Demonstrationen verbieten, stehen Hunderttausende Werktätige der verschiedenen Wirtschaftszweige in **Chile** und in **Argentinien** im Streik und protestieren gegen die schwierige wirtschaftliche Lage, gegen die brutale kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, gegen den Lohnabbau und die Massenentlassungen durch die Kapitalisten.

Die zunehmende Verstärkung der Klassenbewegung, die sich in den lateinamerikanischen Ländern ebenso wie in den anderen kapitalistischen Ländern vollzieht, ist ein Ausdruck der antagonistischen sozialen Widersprüche, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung von innen her zerfressen. Sie sind ein Ausdruck der Zuspitzung des Klassenkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie.

Ganz an der Spitze des Klassenkampfes in den lateinamerikanischen Ländern stehen die neuen marxistisch-leninistischen Parteien. Sie zielen durch ihre tägliche Arbeit und ihren täglichen Kampf darauf ab, das politische Bewußtsein der Arbeiterklasse weiter zu heben, um sie zum Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats zu führen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 mm	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Bundesregierung plant Rentenraub

Nachdem seit der Bundestagswahl fast ein Jahr vergangen ist, plant die Bundesregierung jetzt, Millionen von Rentnern das Altersgeld drastisch zu kürzen. Erinnern wir uns: Vor den Wahlen im Oktober 1976 hatte Kanzler Schmidt die Stabilität der Rentenversicherung beschworen und hoch und heilig versprochen, die Renten weder zu kürzen noch die Beiträge zur Rentenversicherung zu erhöhen. Als er sein gegebenes Versprechen sofort nach der Wahl skrupellos brechen wollte, verhinderte nur ein Sturm der Entrüstung, daß die Schmidt und Co. mit ihren Plänen nicht durchgekommen sind.

Damals schrieb der „Rote Morgen", daß niemand glauben soll, die Imperialisten hätten ihre Pläne endgültig aufgegeben, sondern daß sie nur darauf warten, den Rentenraub im ersten günstigen Moment durchzusetzen. Diesen Augenblick glauben sie jetzt offenbar gekommen. Laut Ehrenberg soll die Anpassung der Renten künftig auf der Steigerung des Nettolohns vorgenommen werden. Nettolohnbezogene Rentenanpassung aber heißt — aufgrund der progressiven Steuern und Sozialabgaben — daß die Renten in den kommenden Jahren höchstens noch um 3% steigen werden. Man kann unschwer ermessen, was das für die Rentner bedeutet, von denen jetzt schon jede vierte Rentnerin und jeder zehnte Rentner mit weniger als 450 DM netto monatlich auskommen müssen. Aber auf die elende Lage der Rentner, auf ihren absinkenden Lebensstandard, darauf, daß sie in elenden Löchern zu wohnen gezwungen sind und oft nicht genug zu essen haben, darauf nimmt die Regierung keine Rücksicht. Abgesehen von der nettolohnbezogenen Anpassung der Renten soll jetzt außerdem noch jeder Rentner seinen Krankenkassenbeitrag selbst bezahlen.

Wie immer werden die Angriffe auf die Rentner auch jetzt mit dem Loch in der Rentenversicherung begründet, das gegenwärtig neun Mrd. DM ausmacht. Aber haben etwa die Rentner dieses Loch verschuldet? Ist es nicht vielmehr so, daß der kapitalistische Staat skrupellos die Rentenkassen geplündert hat und weiter plündert und mit einer Summe von 10 Mrd. bei den Rentenversicherungen verschuldet ist? Benutzt wurde dieses Geld, um die Löcher im Staatshaushalt zu stopfen, die dadurch entstanden sind, daß den kapitalistischen Monopolen jährlich Milliardensummen in Form von Subventionen, Rüstungs- und anderen Staatsaufträgen in den Rachen geworfen werden.

So sieht das wahre Gesicht des angeblichen Sozialstaates aus, der in Wirklichkeit die Werktätigen ausplündert.

"Modernisierung" im Stuttgarter Arbeiterviertel

Teuer, dreckig und kein Ende

Korrespondenz. Wochenlang ohne fließendes Wasser und ohne Kochgelegenheit, roher Zementboden und untapezierte Wände, Böden, die neu gelegt und wenige Tage später wieder herausgerissen werden, wochenlang keine Türen in den Wohnungen und überall Staub und Bauschutt, so daß man täglich zusammenputzen muß, die Möbel im feuchten Keller, wo sie kaputt gehen. So sieht seit mehreren Monaten das tägliche Leben für die Bewohner der Düsseldorferstr. 25-39 in Stuttgart-Hallschlag aus.

Daß die Wohnungen, die 1926 gebaut wurden, jetzt renoviert werden, war schon längst fällig und ist höchste Zeit. — Aber wie anders hat es doch im Brief vom Liegenschaftsamt der Stadt Stuttgart Mitte November 76 geheißen: Da ging es darum, daß die Mieter ihre Unterschrift geben mußten zu einer Mieterhöhung von 45 bis 60 DM pro Monat. Und da hieß es schwarz auf weiß, daß die Bauarbeiten nicht länger als vier Wochen dauern würden. „Spätestens im Juli ist alles fertig, da könnt ihr ruhig den Urlaub planen", so prahlten damals die Verantwortlichen der Stadt.

Aber bei den Werktätigen, in einfachen Arbeiterwohnungen, kümmert sich die Stadt Stuttgart einen Dreck darum, ob die Termine eingehalten werden, ob eine gute Arbeit gemacht wird. Da wird geschlampt und gepfuscht. Stellen wir uns doch dieselbe Schlamperei mal in einem Geschäftshaus oder in einer Bank vor. Dort würde es bei Bauarbeiten heißen „Zeit ist Geld", jeden Tag über den Termin hinaus verlieren die Kapitalisten riesige Summen. So wurde im Zentrum von Cannstadt, am Wilhelmsplatz, innerhalb von vier Monaten der ganze Rohbau für ein großes Parkhaus und Geschäftshaus aus dem Boden gestampft. Aber was kümmert die Stadt, ob es im Hallschlag vorwärts geht? Während der ganzen Bauzeit kassieren sie schließlich die volle Miete weiter. Und heute ist schon die Rede von 100 DM Mieterhöhung!

50 Jahre hat die Stadt die Miete kassiert und in den Wohnungen außer den nötigsten Reparaturen nichts gemacht. Aber jetzt werden nicht etwa die Renovierungen von dem Geld bezahlt, sondern die Kosten voll auf die Mieter abgewälzt, zwar nicht alles auf einmal, aber etappenweise, durch die Mieterhöhung. Dazu kommt, daß die Familien an der Düsseldorfer Straße einen beträchtlichen Teil der Kosten schon jetzt aus der eigenen Tasche bezahlen müssen: die Gasleitungen, die Ölfarbe für die Leitungen, den größten Teil der Fliesen im WC, weil die Stadt nur ca. 20 Plättchen für das ganze WC bezahlt. Pro Zimmer bekommen die Mieter eine Pauschale von 60 bis 80 DM für Tapeten und Farbe, für die Arbeit (malen und tapezieren) wird nichts zusätzlich bezahlt. Ganz zu schweigen davon, daß die Bewohner der Düsseldorfer Straße an allen Ecken und Enden noch drauflegen müssen, weil die Stadt nur das Billigste vom Billigsten bezahlt. Und wie sollen die vielfach älteren Leute selber Türen einhängen und Zimmer tapezieren?

So sieht die Rechnung der Kapitalisten aus. Aber ob diese Rechnung aufgehen wird, ist eine andere Frage. Denn viele der Mieter sagen, zu den 45 DM haben wir unsere Unterschrift gegeben, aber keinen Schritt weiter! Und kürzlich sagten einige Mieter, jetzt gibt es nur eins, da müssen wir zusammenstehen, damit wir uns wehren können! Wir waren lange geduldig — wir haben jetzt lange genug den Dreck, die Unbequemlichkeit und Aufregungen ausgehalten. Uns reicht's jetzt — wir machen weiter nicht mehr mit! 45 bis 60 DM haben wir unterschrieben — 100 DM sind zuviel!

Die Stadtteilzelle Cannstatt der KPD/ML wird den Widerstand der Mieter unterstützen!

Kassel/Rüsselsheim

Proteste gegen Hitler-Film

Auch in Kassel und in Rüsselsheim kam es zu den Protesten gegen den berüchtigten Hitler-Film von Joachim Fest. In Kassel war das Kino von mehreren Polizeiwagen umstellt. Genossen unserer Partei und Mitglieder anderer Organisationen verteilten vor dem Kino Flugblätter und diskutierten mit Passanten. Einige Schüler erzählten unseren Genossen, daß sie mit ihrer Schulklasse in diesen Film gehen müßten. Sie nahmen eine Menge Flugblätter mit, um sie unter ihren Klassenkameraden zu verteilen.

In Rüsselsheim herrschte vor allem unter den Jugendlichen eine große Empörung über diesen faschistischen Film. Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, Jugendorganisation der DKP, versuchte sich als führende Kraft im Kampf gegen diesen Film hinzustellen, indem sie ein sogenanntes Gegenkino vor dem Filmtheater, in dem der Hitlerfilm lief, veranstaltete. Welcher Zweck in Wirklichkeit damit verfolgt wurde, zeigte sich daran, daß der Film an diesem Abend ungestört weiterlaufen konnte. Ja, die SDAJ ging sogar so weit, dem Kinobesitzer zuzusichern, daß sich ihre Aktion nicht gegen ihn und sein Filmtheater richten würde. Im übrigen wies das „Gegenkino" der SDAJ einige Gemeinsamkeiten mit dem Festfilm auf. Auch hier wurde über die Ursachen des Faschismus geschwiegen, über den Kampf der Kommunisten gegen den Faschismus nichts berichtet und die schändliche Rolle der SPD als Wegbereiter des Faschismus geleugnet.

In der darauffolgenden Nacht gingen dann drei Schaukästen an diesem Kino, in denen Bilder und Plakate zu dem Hitlerfilm gezeigt wurden, zu Bruch. Außerdem standen am Eingang des Kinos die Parolen: „Weg mit diesem Nazifilm!" — „Tod dem Faschismus!" — KPD/ML" Ein Sprecher des Filmtheaters bezifferte in der Presse den Schaden auf 700 DM und der Chef der Rüsselsheimer Theaterbetriebe erklärte, weil weitere „Mißhelligkeiten" zu befürchten seien und im übrigen der Film sehr wenig Resonanz finde, werde er bereits nach einer Woche abgesetzt werden.

1100 Polizisten zum Schutz der Faschisten

Unter der Parole „Rotfront verrecke" und „Schluß mit dem roten Mördergesindel" hatte die Faschistenorganisation „Junge Nationaldemokraten" am 18./19. September in Osnabrück zu ihrem Bundeskongreß aufgerufen. Ca. 11 Hundertschaften der Polizei aus ganz Niedersachsen waren angerückt, um die Faschisten zu schützen. Die „Neue Osnabrücker Zeitung" schrieb: „...warnt die Stadt alle Mitbürger davor, sich in die Nähe solcher Auseinandersetzungen zu begeben. Sie könnten allzuleicht mit in diese verwickelt werden."

Aber die Bevölkerung hat sich durch solche Drohungen nicht einschüchtern lassen. Schon lange vor der angekündigten Großkundgebung der Faschisten hatten sich am Kundgebungsort ca. 1.000 Antifaschisten versammelt, um diese Kundgebung zu verhindern. Obwohl die gesamte Innenstadt von Polizei förmlich belagert war, wagte diese angesichts der breiten Unterstützung für die Antifaschisten in der Bevölkerung nicht, eine Räumung des Platzes zu erzwingen, und die Faschisten blieben deshalb dem Fußgängerbereich in der Innenstadt fern. Sie versuchten dann, auf einem anderen Platz mit einem Häuflein von ca. 100 Mann ihre „Groß"kundgebung durchzuführen, die von mehreren Hundertschaften



Die Polizei schützt die Faschisten.

Polizei geschützt wurde. Aber ihre faschistischen Reden gingen in einem Pfeifkonzert unter. Auch die Fahne der Partei mit Hammer, Sichel und Gewehr war mit auf diesem Platz. Aus ihrer Richtung flogen plötzlich Farbeier mit brauner Farbe auf das Rednerpult und die Faschisten. Auch die Polizeikette bekam eines ab. Diese Aktion wurde von den Umstehenden mit großer Begeisterung und tatkräftiger Hilfe begrüßt.

Die Partei, die sich an der Kundgebung einer Aktionseinheit verschiedener opportunistischer und trotzkistischer Gruppen nicht beteiligte, hielt zwei Kundgebungen in der Innenstadt ab. Auch hier wagte es die Polizei, die mit einer Hundertschaft danebenstand, nicht einzugreifen. Die Genossen verteilten an diesem Samstag allein 1.000 Flugblätter und verkauften ca. 40 „Rote Morgen".

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6700 Ludwigshafen (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa. 10.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr, Tel.: 0521 / 17 74 04.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13, Mi 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0203 / 6 47 96.

4300 Essen-Altendorf, Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35. Öffnungszeiten: Mi. u. Do. 16-18 Uhr. Tel.: 0201 / 62 42 99.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen". Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.30-18.30 Sa 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi, Do 9-13 und 15-18, Fr 9-13 und 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.